



Bezirkskonferenz der Jusos Niederbayern

am 18.02.2018
in Straubing

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	3
Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen	3
B: Bildung, Erziehung, Pflege.....	13
B1: Depressionen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen	13
B2: Diskriminierende Dresscodes an Schulen verbieten!.....	15
B3: Bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen	16
B5: Sexualkundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten	17
G: Gleichstellung	18
G1: Achtung des dritten Geschlechts! Queer*feminismus wagen!.....	18
M: Medizin, Gesundheit und Forschung.....	19
M1: Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!.....	19
M2: Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen.....	21
S: Inneres, Sicherheit, Rechtsextremismus und Kommunales	22
S4: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“	22
S5: Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum	25
S7: Verbesserung des ÖPNVs	28
S8: “Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!.....	30
S9: Es ist Zeit für Umverteilung - Um-fair-teilen in der Kommune	32
P: Partei	35
P1: Keine Koalition mit der CSU! Schwarz - Rot in Bayern ist keine Alternative! 35	
P2: SPD für alle	36
P4: #spderneuern.....	37

Leitantrag

An: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen

Die Politik der letzten Jahre versäumte, geprägt vom Dogma der schwarzen Null, zentrale Schritte in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur und Digitalisierung. Entsprechend sind eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig, um zu einer zeitgemäßen Politik aufzuschließen. Nachfolgender Maßnahmenkatalog soll als Richtschnur für künftige Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik der BayernSPD dienen.

Verkehr:

- Studierenden-, Schüler*innen- und Auszubildendenticket

Im Laufe der Zeit und vor allem aufgrund der Zentralisation wird von Jugendlichen immer mehr Mobilität erwartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Ausbildungsstätte von daher keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt mittlerweile der Weg zur Berufsschule dar. Personen, die eine Ausbildung machen, bei der beispielsweise aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung immer weniger Plätze angeboten werden, müssen zudem einen deutlich weiteren und dadurch auch kostenintensiveren Weg zur Schule ablegen. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen für ein gesamtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird. Das Hauptproblem hierbei ist, dass auch nur lediglich ein Bruchteil zurückgezahlt wird. Vor allem Auszubildende, deren Arbeit nur sehr gering vergütet wird, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.

Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen nämlich ab der 11. Jahrgangsstufe die Fahrtkosten zur Schule selbst tragen. Familien mit geringem Einkommen geraten daher oft in die Lage, dass sie ihren Kindern nicht den Besuch der gewünschten schulischen Einrichtung ermöglichen können.

Bei Studierenden hingegen konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu niedrigen Preise in Form eines Studierendentickets möglich machen.

Wir fordern daher die Einführung eines kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*innen, Studierenden sowie Teilnehmende an den Freiwilligendiensten (Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FÖJ, FSJ für Geflüchtete) im Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern. Die Kommunen müssen im Gegenzug einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Bei einem stark defizitären Nahverkehr kann das zuständige Amt selbstredend Unterstützung beim Freistaat Bayern beantragen. Die genauen Regelungen, ab wann und inwieweit kommunale Träger*innen unterstützt werden müssen, sollten allerdings zuständige Expert*innen festlegen.

Ein kostenloses Landesticket würde zum einen die Mobilität vor allem junger Menschen extrem steigern und dadurch auch soziale Teilhabe erleichtern, insbesondere wenn lediglich ein geringes Haushaltseinkommen vorliegt. Zum anderen würde zweifellos die Umwelt geschützt werden, da die Nutzung von Kraftfahrzeugen zumindest in dieser Personengruppe rapide abnehmen würde. Durch das kostenlose Landesticket würde der Nahverkehr häufiger genutzt werden und somit an Bedeutung gewinnen. Die höhere Auslastung würde in der Konsequenz auch zu einer höheren Taktung führen.

- Taxi 50:50

Ein weiterer Punkt, der für jene Regionen, die eher strukturschwach sind, von Bedeutung ist, ist das Taxi 50/50. Vor allem in der Nacht muss es jungen Menschen ermöglicht werden, sowohl kostengünstig, schnell als auch sicher nach Hause zu gelangen. Wenn der öffentliche Nahverkehr, sofern denn überhaupt vorhanden, bereits eingestellt ist, keine*r mehr in der Lage ist, sicher mit dem Auto zu fahren und auch sonst keine Möglichkeit besteht privat abgeholt zu werden, stellt dies in ländlichen Regionen ein Problem dar. Abhilfe soll hier das Taxi 50/50 schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden sollen online beim Landratsamt, welches die zuständige Behörde für den Nahverkehr ist, einen kleinen Ausweis erhalten, dass sie Azubi, Schüler*in beziehungsweise Student*in im jeweiligen Landkreis sind. Dieser kann bei einem Taxi vorgezeigt werden und führt dazu, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten durch die Personen übernommen werden muss. Der andere Teil wird durch das Landratsamt übernommen. Die Abwicklung zwischen Taxifahrer*in und der Behörde soll möglichst unbürokratisch sein, sodass für Taxiunternehmen kein Nachteil entsteht, wenn sie an diesem Programm teilnehmen. Das Ziel muss allerdings sein, dass in wenigen Jahren mithilfe der Funktionen des neuen Personalausweises die Übermittlung sofort an das zuständige Amt erfolgt, dem somit auch einfach nachgewiesen werden kann, dass das Taxiunternehmen eine Person transportiert hat, die Anspruch darauf hat, dass die Hälfte der Kosten durch das Landratsamt übernommen werden. Einige Landkreise in Bayern zeigen bereits, dass dies gut funktioniert und auch in Sachsen-Anhalt gibt es bereits seit vielen Jahren ein ähnliches Programm, das seitdem problemlos funktioniert. Wir fordern, dass ein solches Programm in allen Landkreisen und kreisfreien Städten eingeführt wird und der Freistaat Bayern einen Großteil der Kosten übernimmt. Die Missbrauchsprävention ist durch eine geeignete Regelung zu gewährleisten.

- Rufbus

Des Weiteren soll auch noch ein sogenannter Rufbus eingeführt werden. Dieser hat wie jeder andere Bus auch reguläre Fahrpläne mit Abfahrtszeiten. Allerdings erscheint dieser nur bei Bedarf. Sollte man also mit dem Bus fahren wollen, muss kurz vor Abfahrt die Fahrt angemeldet werden. Dies kann per Telefon oder App geschehen. Der Rufbus bietet für ländliche Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr noch nicht von der breiten Masse genutzt wird, Mobilität, steht allerdings trotzdem im Gedanken des Umweltschutzes, da lediglich bei Bedarf gefahren wird. In den Urlaubsregionen Niederbayerns wird dieses Projekt bereits seit geraumer Zeit mit großem Erfolg durchgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass dadurch Leerfahrten

vermieden werden, ist er auch ökonomischer, was sich auf die Ticketpreise auswirkt. Das Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende, welches wir auch fordern, ist selbstredend auch für die Rufbusse gültig, andere Personen zahlen den üblichen Tarif des Nahverkehrs ohne Aufschlag. Wir fordern die Einführung dieses Projekts bayernweit. Fahrpläne mit hoher Taktung setzen wir für einen reibungslosen Verlauf allerdings voraus.

- Bahnhofshuttle

Generell sollte es unser Ziel sein, umweltfreundlich zu denken und daher auch dementsprechend zu reisen. Dieser Aspekt führt dazu, dass wir vorrangig die Bahn, sofern sie elektrisch betrieben wird, nutzen sollten. Dies stellt vor allem für Jugendliche, die in Orten leben, die aufgrund der Größe an keinen Bahnhof angebunden sind, ein Problem dar. Doch auch größere Städte, wie die niederbayerische Kreisstadt Kelheim, die mehr als 15.000 Einwohner zählt, ist nicht an einen Bahnhof angebunden. Daher fordern wir, dass ein Shuttle, der in höherer Frequentierung als der übliche Nahverkehr fährt, die Nachbarorte oder Stadtteile zum Bahnhof fährt. Die Nutzung ist durch das oben geforderte Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende natürlich kostenlos. Personen, die nicht über ein solches Ticket verfügen, können durch das Vorzeigen des Bahntickets den Shuttleservice trotzdem kostenlos in Anspruch nehmen. Ein solcher Shuttle sollte bayernweit überall eingeführt werden, es sei denn, es besteht ein funktionierender und öffentlicher Nahverkehr, der alle Orts- und Stadtteile in regelmäßigen Abständen mit dem Bahnhof verbindet, wie es in Großstädten wie beispielsweise München aber auch Nürnberg der Fall ist.

- Elektrifizierung

Zunehmende Rolle muss in den kommenden Jahren auch die Elektrifizierung spielen. In Bayern wurde in den letzten 30 Jahren keine Bahnstrecke mehr elektrifiziert, außer dies sei durch einen Neubau für eine ICE-Strecke notwendig gewesen. Auch aktuell wird nur am Streckenabschnitt München-Lindau gearbeitet, der bis 2020 elektrifiziert werden soll. Die Tatsache, dass circa 40% der Zugstrecken in Bayern mit Dieselloks befahrbar sind, zeigt die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte und den akuten Nachholbedarf im Freistaat. Daher soll schleunigst ein Programm auf den Tag gerufen werden, bei dem alle Bahnstrecken analysiert werden und der Priorität nach alle Bahnstrecken nacheinander ausnahmslos elektrifiziert werden. Doch nicht nur den Bahnverkehr muss elektrifiziert werden, sondern auch der restliche öffentliche Nahverkehr. Bei Neuanschaffungen der Kommunen bei Fahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr soll auch auf den Umweltaspekt geachtet werden, so sollen künftig nur noch Elektrobusse erworben werden. Für die höheren Kosten soll der Freistaat den Kommunen ein Sondermittelbudget zur Verfügung stellen.

- Arzttaxis

Nicht nur der Weg zum Feiern stellt für die Menschen in ländlichen Regionen vor große Probleme, sondern auch der Weg zum Hausarzt. Zum einen liegt es daran,

dass aufgrund der niedrigen Anzahl der Personen pro km² (in Niederbayern spricht man von 118 Personen pro km², in Oberbayern sind es immerhin doppelt so viele) Ärzte weiter entfernt sind, zum anderen aber auch einfach daran, dass sich der öffentliche Nahverkehr in einem schlicht desolaten Zustand befindet. Personen ohne Führerschein und ohne Auto, was vor allem Rentner*innen und Jugendliche betrifft, wird ein Besuch beim Hausarzt daher nahezu unmöglich gemacht. Doch auch für Personen, die ansonsten mobil sind, können Probleme auftauchen, wenn sie wegen Übelkeit, Migräne etc. den Arzt aufsuchen müssen, allerdings das Auto nicht mehr fachgerecht bedienen können. In ländlichen Regionen soll es daher ein sogenanntes Arzttaxi geben. Dieses unterscheidet sich von normalen Taxis darin, dass die Fahrer*innen regelmäßig einen Ersten Hilfe Kurs belegen müssen und somit kurzfristig bei Notfallsituationen helfen können. Eine Alternative zu Krankenwagen soll dieses Arzttaxi aber in keinem Fall darstellen. Das Arzttaxi fährt Personen bei Bedarf zum Arzt, aber auch Krebspatient*innen, Dialysepatienten*innen etc. regelmäßig in das Krankenhaus. Die Kosten hierfür soll zum einen Teil der Freistaat Bayern tragen, der andere Teil sollte allerdings durch die Kranken- beziehungsweise Gesundheitskassen selbst übernommen werden.

Dass eine höhere Frequenz beziehungsweise eine engere Taktung der Fahrpläne sowie eine Abstimmung der verschiedenen Verkehrsgesellschaften, auch landkreisübergreifend, unerlässlich ist, versteht sich von selbst.

Dies alles kann nur der Anfang einer Revolution immer Bereich des öffentlichen Nahverkehrs werden. Unsere Vision und unser Ansporn muss es sein, einen öffentlichen Nahverkehr zu entwickeln, der für alle kostenlos zugänglich ist. Finanziert werden sollte dies aus Steuern, die von der gesamten Bevölkerung sozial gestaffelt gezahlt werden.

Zusammenfassend fordern wir:

- kostenloses bayernweites Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende
- Taxi 50/50
- Rufbus
- Bahnhofshuttle
- Elektrifizierung des gesamten öffentlichen Nahverkehrs
- Arzttaxis
- Höhere Taktung und Frequenz, sodass der öffentliche Nahverkehr auch attraktiv ist
- Bessere Abstimmung der verschiedenen Verkehrsgesellschaften
-

Infrastruktur:

- Ausbau Bundesstraßen und Autobahnen

Ein anstehender Punkt für die nächsten Jahre wird der Ausbau von bayerischen Bundesstraßen und Autobahnen sein. Diese dienen häufig auch als Entlastung der örtlichen Landstraßen und sorgen für eine gute Verbindung zwischen den Städten. Viele der Straßen sind allerdings stark sanierungsbedürftig oder schlichtweg überlastet. Daher müssen die Mittel im bayerischen Staatshaushalt für den Ausbau dieser Straßen massiv erhöht werden. Entscheidend für uns ist allerdings auch, dass mit diesen Geldern in erster Linie bestehende Bundesstraßen beziehungsweise Autobahnen gebaut werden sollen. Gegen den Neubau von Straßen stellen wir uns aufgrund des Umweltaspekts

allerdings klar, sofern dieser nicht vermeidbar ist, weil er für eine Anbindung an wichtige Knotenpunkte dringend notwendig ist. Außerdem sollen diese Straßen nicht sogenannten Gigalinen, welche wir klar ablehnen, zur Verfügung stehen. Diese widersprechen unserem Grundsatz, dass Güterverkehr auf der Schiene und nicht auf der Straße seinen Platz hat. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltaspekts.

- Dezentrale Energieversorgung

Der Freistaat Bayern ist dezentral organisiert und muss sich aus diesem Grund auch in den kommenden Jahren mit der Energieversorgung darauf einstellen. Die Möglichkeit, die Energieversorgung dezentral zu gestalten, sollte als Chance gesehen werden. Nahe beieinanderliegende Kommunen sollten sich daher zusammenschließen, um selbst Energie zu erzeugen und sich damit auch selbst zu versorgen. Selbstverständlich soll dabei auf umweltfreundliche Methoden gesetzt werden, wie auf Wasser, und Biomassekraftwerke sowie Wind,- Sonnenenergie. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltaspekts. Die dadurch erzeugte Energie soll vor Ort kurzfristig in großen Batterien oder bei großen Mengen in Pumpspeicherkraftwerken gespeichert werden. Durch die wohnortnahe Versorgung wäre der Bau von Stromtrassen nicht mehr notwendig und auch der Energieverlust bei Transformatoren, die für den Transport bei weiten Strecken notwendig sind, wäre nicht mehr vorhanden. In der Konsequenz würden sich die Transportkosten enorm verringern und auch die Natur würde geschützt werden. Natürlich steigen die Kosten für die Stromspeicherung an, allerdings würden die Verbraucher*innen insgesamt von einer dezentralen Energieversorgung profitieren, da die Preise durch die deutlich geringeren Transportkosten sinken würden. Wir fordern daher, dass der Freistaat Bayern und die Kommunen schnellstmöglich ein Konzept vorlegen, sodass bis zum Jahr 2030 eine dezentrale Energieversorgung in Bayern stattfindet. Dieses Projekt sollte vom Freistaat Bayern finanziell gefördert werden. Eine Investition von Privatunternehmen oder eine Übernahme der Energieversorgung durch Konzerne kommt für uns nicht in Frage, da diese staatlich organisiert und finanziert werden sollte.

- Öffentliche Daseinsvorsorge

Ein wichtiger Punkt ist die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern. Seit der Wiedervereinigung hat sich die Anzahl der aufgestellten Krankenhausbetten um ziemlich genau 15% verringert, die Anzahl der Patient*innen hingegen um 170.000 vergrößert. Dies macht sich vor allem in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer bemerkbar, die von rund zwölf auf sieben Tage gesunken ist. Die Berechnungstage der Krankenkasse sind hierbei nicht das Problem. Entgegen der Erwartung hat sich zuerst die Anzahl der Verweildauer im Krankenhaus verringert, die Berechnungstage sind lediglich nachgezogen. Der defizitäre Haushalt vieler Krankenhäuser wurde versucht damit zu deckeln, dass die Verweildauer reduziert wird. Dieser Plan ging allerdings nicht auf, da die Berechnungstage ebenso gesunken sind und somit auf Dauer kein wirtschaftlicher Vorteil entstanden ist. Nichtsdestotrotz haben allerdings die Krankassen ein Verschulden daran, da bereits im Voraus die Zahlung für Untersuchungen oder Ähnliches auf ein Minimum reduziert wurde. Generell sollte die Frage gestellt werden, ob ein Krankenhaus für die Kommunen ein ökonomischer Gewinn sein sollte oder die Daseinsvorsorge der Bürger*innen sichern sollte. Für uns jedenfalls ist klar, dass die Gesundheit der Patient*innen sowie eine wohnortnahe Versorgung über dem ökonomischen Erfolg eines Krankenhauses steht. Um auf Dauer dieses Defizit

ausgleichen zu können, braucht es eine finanzielle Unterstützung des Freistaats. Wichtig ist auch, dass für die Zukunft Investitionen getätigt werden, um die Krankenhäuser erhalten zu können. Dabei müssen vor allem auch die Versäumnisse der Digitalisierung, die sich auch auf Krankenhäuser auswirkt, zügig nachgeholt werden. Ein weiterer Punkt, der die Krankenhäuser attraktiver macht ist eine Spezialisierung auf einen bestimmten oder verschiedene Fachbereiche. Dies soll in Absprache mit naheliegenden Krankenhäusern erfolgen. Außerdem ist uns bewusst, dass kommunale Krankenhäuser im Gegensatz zu privaten auch wichtige Dinge übernehmen, die allerdings finanziell „schlecht“ sind, so zum Beispiel die Hilfestellung bei Problemlagen wie zum Beispiel erste Hilfe für vergewaltigte Frauen und nötige Feststellungsverfahren in Vergewaltigungsfällen. Da diese Punkte für uns von großer Bedeutung sind, setzen wir uns für den Erhalt kommunaler Krankenhäuser ein und stellen uns vehement gegen die zunehmende Privatisierung im Gesundheitssektor.

Zu dem Punkt der öffentlichen Daseinsvorsorge zählt für uns auch der Ausbau von Kitas und Kindergärten. Vor allem in diesem Bereich ist der Freistaat extrem rückständig. Statt weiterhin ein Betreuungsgeld auszuzahlen, das veraltete Geschlechterstereotypen bedient, sollte Bayern den Bau von Kitas und Kindergärten fördern. Die Kosten für die Kita und den Kindergarten sind derzeit viel zu hoch und stellen für viele eine große finanzielle Belastung dar. Wir fordern daher eine Gebührensenkung sowie eine Bezahlung, die sozial gestaffelt nach dem Einkommen der Familie erfolgt. Wollen Familien ihr Einkommen nicht offenlegen, müssen sie den höchsten Beitragssatz zahlen. Geringverdiener*innen hingegen werden völlig von den Kosten befreit. Auf Dauer sollten wir allerdings den Anspruch haben, auch Kita und Kindergarten komplett kostenlos zu gestalten.

Doch auch die Schulen stellen vor allem in ländlichen Regionen ein Problem dar. So müssen Schüler*innen täglich mehrere Stunden nur damit verbringen, mit dem Bus an die Schule zu gelangen. Insbesondere bei weiterführenden Schulen, insbesondere Gymnasien nimmt dies extreme Ausmaße an. Um den Schüler*innen schulische Möglichkeiten vor Ort gewähren zu können, müssen auch kleinere und somit auf Dauer kostenintensivere Schulen gebaut werden. Durch unserer Forderung nach einer Gesamtschule würde sich das Problem durch höhere Schüler*innenzahlen vor Ort allerdings sowieso automatisch weitestgehend eindämmen.

· Dezentralisation von Hochschulbildung

Der Trend geht zur Zentralisation, was eine Abwanderung aus ländlichen Regionen bedeutet. Dies stellt dezentral organisierte Flächenländer wie Bayern vor große Herausforderungen. Ein Grund, wieso viele Menschen in die Städte ziehen ist der, dass sie dort einen Arbeits- oder Studienplatz gefunden haben. Nach Beendigung der Ausbildung, des Studiums oder Ähnlichem ziehen sie meist nicht mehr auf das Land zurück, zumal in Städten meist eine wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Diesem Trend kann allerdings entgegengesetzt werden, indem Universitäten oder Fachhochschulen ihre Standorte für bestimmten Fachbereichen auslagern und in ländlichen Regionen ansiedeln. Viele junge Menschen würden für das Studium in diese Orte ziehen und eventuell diesen sogar als Wohnsitz beibehalten. Ein deutlicher Zuzug würde also bemerkbar werden. Dies würde zwangsläufig die Versorgung in ländlichen Regionen (öffentlicher Nahverkehr, Ärzte etc.) stärken, dem Demographiegefälle zwischen Stadt und Land entgegenwirken sowie auch zu einer Entspannung der Mietpreise in den Ballungsräumen führen, da Wohnungen in diesen eben nicht mehr so stark gefragt wären. Wir fordern den Freistaat Bayern daher auf, Fachhochschulen und

einzelne Teilbereiche als sogenannte Innovationszentren dauerhaft in ländlichen Regionen anzusiedeln. Dabei muss zur Gewährleistung der Studierbarkeit gesichert werden, dass das Studium kein Pendeln zwischen zwei Standorten erforderlich macht, außer dies geht mit expliziten Vorteilen für das Studium einher.

Zusammenfassend fordern wir im Bereich der Infrastruktur:

- konsequenten Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen in Bayern
- Verbot von Gigalinern auf bayerischen Straßen
- Förderung von dezentraler Energieversorgung
- Ausbau von dezentraler Energieversorgung bis 2030
- Energieversorgung in staatlicher Hand
- Erhalt kommunaler Krankenhäuser
- Ausbau von Kindertagesstätten und Kindergärten sowie deren Preissenkung
- Schulen vor Ort schaffen
- Innovationszentren in ländlichen Regionen

Digitalisierung:

Bayern steht, insbesondere als dezentraler Flächenstaat, vor großen Aufgaben im Zeitalter der Digitalisierung. Dabei sind die Herausforderungen, vor die ländliche Kreise und urbane Zentren gestellt werden, in vielen Punkten unterschiedlich und bedürfen daher auch verschiedener Lösungskonzepte. Gleichzeitig hat die Digitalisierung auch das Potential, Stadt und Land wieder näher zusammen zu rücken, und die Divergenz der letzten beiden Jahrzehnte zumindest in Teilen zu vermindern. Die Forderungen aus dem Bereich Digitalisierung sind in folgenden Punkten kurz zusammengefasst.

- In strukturschwachen Regionen stellt die Versorgung mit zeitgemäßen Netzen bislang die größte Problematik dar. Zwar befinden sich mittlerweile nahezu alle Kommunen jedenfalls in einem Breitbandförderprogramm, dennoch werden davon nicht alle Teilgebiete der Kommunen erfasst. Aufgabe der Landesregierung ist es daher, sicherzustellen, dass jeder Haushalt in den kommenden beiden Jahren den Zugang zu schnellem Internet erhält. Gleichzeitig müssen Mobilfunknetze ausgebaut und aufgewertet, sowie Versorgungslücken geschlossen werden.
- Städte müssen Innovationszentren für das datenintensive Gewerbe schaffen und damit die Infrastruktur zur Ansiedlung von datenintensiven Unternehmen bereitstellen. Durch Technologiecluster, welche im Idealfall mit den lokalen Hochschulen kooperieren, können Perspektiven für junge Arbeitnehmer*innen innerhalb, aber auch außerhalb der beiden Zentren München und Nürnberg geschaffen werden. Bezahlbare Büroflächen für Start-ups komplettieren ein Innovationsumfeld, welches einerseits einer aufstrebenden Branche die Chance gibt, in Bayern Fuß zu fassen, und andererseits den Markt auch für Personen ohne entsprechendes Kapital öffnet.
- Der Privatisierung der Netze, insbesondere im Bereich des Breitbandausbaus, muss entschieden entgegengewirkt werden. Gegenwärtig bauen Breitbandanbieter lokale, natürliche Monopole durch das Anschließen von Kommunen an das Breitbandnetz aus. Die Konsequenz aus der Marktmacht lokaler Monopole ist das Setzen von horrenden Preisen für die Anbindung an

das Hochgeschwindigkeitsnetz bei gleichzeitig hoher Störanfälligkeit und schlechtem Kundenservice. Da private Konzerne ausnahmslos bei positiver Renditeerwartung Kommunen an das Netz anschließen, trägt der öffentliche Haushalt schlussendlich die Kosten des Anschlusses von kleineren Dörfern und Weilern. Das Überlassen der Filetstücke an private Konzerne bei gleichzeitiger Übernahme des Anschlusses für unrentable Dörfer und Weiler führt nicht nur zu monopolistischer Preissetzung, sondern ist auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten für den Staat nicht nachvollziehbar.

- Das bayerische Schul- und Universitätssystem muss auf die Digitalisierung angepasst werden. Damit einher geht die Schaffung eines umfassenden Angebots an digitalen Medien in Schulen, das Arbeiten mit Computern und Tablets, der Vermittlung relevanter Kenntnisse aus den Bereichen Programmierung, Datenschutz und Datenverarbeitung sowie einer Einbindung von Smartphones in den Unterricht anstelle eines strikten Verbots. Universitäten muss Zugang zu aktuellen Rechenzentren gewährt werden. Auch sollen Hochleistungsrechner aufgestockt und mit breiteren Zugangsmöglichkeiten versehen werden.

Gerade in ländlich geprägten Gebieten, an denen es Bayern nicht mangelt, ist vom Zeitalter der Digitalisierung bisher nicht viel zu spüren. Zwar vermeldet die Landesregierung, dass immerhin 97% aller Kommunen zum Jahreswechsel im Förderverfahren zum schnellen Netzausbau seien, jedoch ist hierfür nicht der Komplettausbau einer Kommune notwendig. Stattdessen genügt es, netzausbauend in einem Teilgebiet einer Kommune tätig zu sein. Würde man stattdessen die Gesamtheit der Haushalte in Bayern betrachten, so wäre der Anteil, welcher sich in naher Zukunft an einem schnellen Internet erfreuen könnte, ein deutlich geringerer. Gerade aus dieser Strategie des Freistaats, Anreize für den Breitbandausbau für private Unternehmen zu schaffen, erwächst ein Problem ähnlich dem großer Privatisierungsprojekte öffentlicher Infrastruktur: Durch die Schaffung natürlicher Monopole, in diesem Fall privater Breitbandnetze für Kommunen oder Teilstücke davon, erlangt das Privatunternehmen die Preissetzungshoheit und kann den Haushalten Wucherpreise für das Anschließen an zeitgemäßes Internet abverlangen. Durch die steigende Datenintensität von Websites werden Haushalte zum Zahlen dieser Prämien nahezu gezwungen, sofern sie weiterhin zumutbar im Internet unterwegs sein wollen. Entsprechend schafft der Freistaat mit seiner Netzpolitik Raum für die schonungslose Ausbeutung privater Haushalte durch private Netzanbieter. Gleichzeitig werden sich die Ausbaumaßnahmen der privaten Unternehmen ausnahmslos auf jene Gebiete beschränken, in denen sie eine positive Rendite erwarten. Kleinere Dörfer, Weiler und Einöden erhalten entsprechend keinen Zugang zum Breitbandnetz und müssen durch öffentliche Gelder, falls überhaupt, angeschlossen werden. In der Konsequenz privatisiert der Freistaat mit seiner Ausbaustrategie Gewinne aus dem Betrieb der Breitbandnetze und bürdet sich selbst die Verluste aus dem Anschluss von Einöden, Weilern und kleinen Dörfern auf. Die Umstellung auf IP-Telefonie in der nahen Zukunft tut ihr Übriges: Durch Wegfall konventioneller Telefonie wird denjenigen, die bis dahin keinen Zugang zu schnellem Internet haben, die Möglichkeit der Telefonie via Festnetz geraubt. Da allerdings der Telefonanschluss von der Grundversorgung abgedeckt ist, muss die Umstellung auf IP-Telefonie entweder weiter hinausgezögert werden, oder man erklärt den Zugang

zu Datennetzen mit Übertragungsraten größer 6000 Kbps, welche für das reibungslose Stattfinden von IP-Telefonie notwendig sind, zur Grundversorgung. Dies würde ein Tätigwerden der Telekom hinsichtlich des Netzanschlusses von Einöden, Weilern und Dörfern nach sich ziehen und ginge mit Kosten einher, die durch die entgangenen Gewinne aus dem staatlichen Netzausbau hätten gegenfinanziert werden können. Um diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten, bedarf es strikten Regeln für private Netzanbieter in Bayern: So muss ein an die Netzgeschwindigkeit gekoppelter Preiskatalog für die Versorgung mit Internet ausgearbeitet und für verbindlich erklärt werden. Zudem sind die Kosten für den Anschluss ländlicher Gebiete auf die Profiteure umzulegen: Durch gezielte Abgaben von Netzanbieter*innen werden Kosten des Netzausbaus gerechter verteilt. Schlussendlich ist der Breitbandanschluss zur Grundversorgung zu erklären. In der Konsequenz sind alle Haushalte an das Breitbandnetz anzuschließen. Um natürliche Monopole zu verhindern, sind die privaten Netze in staatliche Hand rückzuführen. Neben dem Breitbandausbau kommt dem Ausbau des Mobilfunknetzes in Bayern eine große Bedeutung zu. In einer Zeit, in der mittels Notrufknöpfen Menschenleben über das Mobilfunknetz abgesichert werden, sind nicht vom Netz abgedeckte Bereiche nicht zu verantworten. Folglich muss eine umfassende Versorgung mit Mobilfunknetz sichergestellt werden. Zudem müssen alte 1G und 2G Netze dringend modernisiert werden. Ein baldiger Ausbau der Metropolregionen mit 5G-Netz ist zudem anzustreben.

In Städten ergeben sich aus der Digitalisierung eine Vielzahl an Chancen. Mittels Innovationszentren, welche Platz für die Ansiedlung von datenintensivem Gewerbe sowie die dafür notwendige Infrastruktur, insbesondere schnelle Netzanbindung, Rechenzentren sowie Hochschulanschluss, bereitstellen, können IT-Cluster angesiedelt werden, welche zur Diversifikation der städtischen Gewerbe beitragen und damit die lokale Wirtschaft krisenrobuster machen. Ferner locken Innovationszentren nicht nur junge Start-Ups und expandierende IT-Unternehmen, sondern bieten Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer*innen. Gerade in Städten jenseits der Metropolen, wo derartige Zentren noch nicht präsent sind, bieten Innovationszentren großes Potential, qualifizierte Fachkräfte und eine neue Branche in die Region zu holen und damit die Existenz der Region nachhaltig zu garantieren.

Auch im Bereich Bildung und Ausbildung muss Bayern im 21. Jahrhundert ankommen: Der technologische Fortschritt bietet mittlerweile, dank Tablets, Cloudspeicher und portablen Notebooks, die Möglichkeit, gänzlich ohne Schulbücher auszukommen. Dies reduziert nicht nur das Gewicht des Schulrucksacks deutlich, sondern führt auch zur Schulung im Umgang mit mobilen Endgeräten. Gleichzeitig ergeben sich aus der Ausstattung mit Notebooks und Tablets neue Möglichkeiten für den Unterricht: Recherchen können in Gruppenarbeiten unter Zuhilfenahme des Internets passieren, Hausaufgaben können digital eingereicht und korrigiert werden und per Mail abgegebene Aufsätze reduzieren den Papierbedarf und schonen damit die Umwelt. Gleichzeitig können durch Anpassung des Lehrplans Kompetenzen wie Programmieren, Datenverarbeitung sowie Datenschutz und Verschlüsselung vermittelt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen Schulen mit WLAN ausgestattet werden. Zudem sind den Schüler*innen Notebooks sowie ggf. Tablets zur Verfügung zu stellen. Dass das veraltete Smartphone-Verbot im Unterricht aufgehoben wird, um die Endgeräte mit in den Unterricht einzubeziehen, versteht sich von selbst.

An Universitäten muss veraltete Hardware, die Teilweise noch aus dem Computerinfrastrukturprogramm (CIP) unter Helmut Kohl stammt, endlich ersetzt werden. WLAN-Netze müssen mit ausreichend Datenkapazität ausgestattet werden. Da der Bedarf an Rechenleistung für die Forschung stetig ansteigt, sind zusätzliche Rechenkapazitäten anzuschaffen. Insbesondere ist den Studierenden zur Anfertigung ihrer Master- und Bachelorarbeit Zugriff auf die Computerinfrastruktur, insbesondere auch auf Großrechner und Server, zu gewähren, um rechenintensive Simulationen durchführen zu können.

B: Bildung, Erziehung, Pflege

An: Juso-Landeskonferenz Bayern, SPD-Landesparteitag Bayern

Verantwortlich: Bezirksvorstand

B1: Depressionen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen

Die Burden of Disease-Studie der WHO aus dem Jahr 2001 zeigt, dass Depressionen die häufigste Ursache für mit Beeinträchtigung gelebte Lebensjahre in den Industrieländern sind. Betroffen sind auch Kinder und Jugendliche. So gibt das statistische Bundesamt an, dass sich die Zahl der behandelten Fälle seit 2010 verzehnfacht hat. Die Dunkelziffer an unbehandelten Fällen liegt mit Sicherheit noch viel höher. Die Folgen, die sich aus dieser Krankheit für die Betroffenen ergeben, sind als fatal einzustufen.

Im schlimmsten Fall kann eine Depression zum Tod führen. In Deutschland ist der Suizid die zweithäufigste Todesursache bei Menschen unter 25. Um das zu verhindern, benötigen alle Betroffenen professionelle Hilfe, um den Weg zurück in ein glückliches Leben zu finden. Doch um diese professionelle Hilfe zu erhalten, muss erst einmal das Umfeld der Betroffenen darauf aufmerksam werden. Bei Kindern und Jugendlichen betrifft das natürlich zuerst die Eltern und die gesamte Familie. In zweiter Linie sollte auch die Schule, die Lern- und Lebensraum für die Schüler*innen ist und wo sie viel Zeit verbringen, bei der Prävention tätig werden. Und hier beginnt das Problem.

Eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Jahr 2011 zeigt, dass Suizid in den Aufgabenbereich des KIBBS fällt. KIBBS steht für „Kriseninterventions- und -bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen“. Dieses Team kommt erst nach der sogenannten Krise zum Einsatz. Als Beispiele werden hier der (Unfall)Tod eines Schülers, einer Schülerin oder einer Lehrkraft, Gewaltdrohungen, ein Amoklauf oder auch ein Suizid angeführt. Die pädagogische Prävention und ein Sicherheitskonzept, welches mit der Polizei vor Ort zu erstellen ist, fallen in den Zuständigkeitsbereich der Schule.

Weitere Akteur*innen sind Schulpsycholog*innen, welche für einzelne Schulen zuständig sind und innerhalb ihrer Sprechzeiten vor Ort erreichbar sind. Diese sind jedoch stark überfordert, da sie oft in Teilzeitverhältnissen arbeiten und zudem noch für mehrere Schulen gleichzeitig zuständig sind. Das lässt sich an einem Beispiel anhand der Seite der staatlichen Schulberatung in Bayern festmachen. Laut Kultusministerium besuchten beispielsweise das Gabelsberger-Gymnasium in Mainburg im Landkreis Kelheim in Niederbayern im Schuljahr 2015/2016 1216 Schüler*innen. Auf diese Anzahl von Kindern und Jugendlichen kommt ein Schulpsychologe, welcher einmal in der Woche für 45 Minuten an der Schule ist. Weiterhin sind in Bayern fast alle Schulpsycholog*innen gleichzeitig (Fach)Lehrkräfte. Die Schulpsychologie nimmt dabei nur einen geringen Anteil ihrer Arbeitszeit ein. Am Gymnasium haben die meisten Schulpsycholog*innen, die in Vollzeit arbeiten, an ihrer eigenen Schule bei insgesamt 23 Anrechnungsstunden vier Unterrichtsstunden für schulpsychologische Tätigkeiten zur Verfügung. Das entspricht etwa 400 Minuten, also etwas mehr als 6,5 Zeitstunden. Betreut ein*e Schulpsycholog*in mehrere Schulen, so beträgt die Zeit für schulpsychologische Tätigkeiten acht Unterrichtsstunden (dreizehn Zeitstunden), unabhängig davon, wie viele Schulen

betreut werden. Zu schulpsychologischen Tätigkeiten zählen neben der Beratung von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften auch die Planung und Durchführung von Gruppenmaßnahmen (z.B. Mobbingprävention) und Methodentrainings (z.B. Lernen lernen). Eine kontinuierliche Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Beratungsbedarf ist so nicht möglich.

Eine weitere Möglichkeit, um suizidgefährdete Schüler*innen zu erkennen, wäre die Jugendsozialarbeit an Schulen. Laut der Homepage des JaS stellen die Jugendämter vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest, bei welchen Schulen ein jugendrechtlicher Handlungsbedarf besteht. Explizit werden Schulen mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen genannt. Gymnasien erfüllen diese Kriterien nicht, und auch an Realschulen kommt das JaS nur sehr selten zum Einsatz.

Letztlich sind auch die Lehrer*innen, welche tagtäglich mit den Schüler*innen zu tun haben, nicht ausreichend ausgebildet, um Anzeichen einer Depression und Suizidgefährdung zuverlässig zu erkennen.

Insgesamt muss ein umfangreiches Netz zur Früherkennung geschaffen werden, damit weitere Schritte von der Diagnose bis zur Therapie in die Wege geleitet werden können. Daher fordern wird:

- Eine regelmäßige Fortbildung für alle Lehrer*innen aller Schularten zu psychischer Gesundheit und Depressionen bei Schüler*innen.
- Mindestens ein*e Schulpsycholog*in pro Schule welche*r an mindestens zwei Schultagen vor Ort ist. Für die ausreichende psychologische Versorgung fordern wir eine Mindestanrechnungsstundenzahl von vier Stunden pro Woche und Schule, die ein*e Schulpsycholog*in betreut. Bei Schulen mit mehr als 400 Schüler*innen fordern wir mindestens ein*e Anrechnungsstunde pro 100 Schüler*innen.
- Zwei Sozialarbeiter*innen pro Schule, welche den*die Schulpsycholog*in bei der Beratung unterstützt und zusätzlich mit jeder Klasse ein Programm zur Aufklärung über Depressionen durchführt. Diese sollen täglich an der Schule im Einsatz sein.
- Zur Verhinderung von Stigmatisierung psychisch Erkrankter müssen psychischen Störungsbilder in verschiedenen Fächern, insbesondere in Biologie und Ethik (Religion), behandelt werden. Dabei sollten Lehrkräfte explizit auf schulische und außerschulische Beratungsstellen für Betroffene und Angehörige hinweisen

An: Landeskonferenz Jusos Bayern, Landesparteitag BayernSPD

Verantwortlich: Jusos Straubing

B2: Diskriminierende Dresscodes an Schulen verbieten!

Selbstbestimmung? Freiheit? Eigenverantwortlichkeit?

Punkte, die an vielen bayerischen Schulen viel zu kurz kommen. Gerade auch, wenn es um die Thematik „Kleidung“ geht. Dresscodes, Kleiderordnungen und Verbote einzelner Kleidungsstücke sollen an vielen Schulen darauf abzielen eine „zu freizügige“ Kleiderordnung – gerade von Mädchen* und jungen Frauen* - zu verhindern. Begründet wird dies dann oftmals mit sehr fragwürdigen Thesen, die auf einer sehr heteronormativen, patriarchalen und Mann - dominierten Sichtweise basieren: Argumentationsmuster, wie beispielsweise „Ablenkung von männlichen Schülern und Lehrern“, „Provokation von sexistischen Äußerungen und Handlungen des männlichen Geschlechts“, „unangepasste Selbstdarstellung“, „Wichtigtuerei“ sind dabei übliche Rechtfertigungen von Kleidervorschriften seitens der Schulleitungen. Mit derartigen Begründungen wird das Ausmaß des Problems doch sehr deutlich: Schuld an sexistischen Vorfällen wären demzufolge diejenigen, die es eben durch ihre „Freizügigkeit“ provoziert und somit verursacht hätten. Dies ist eine klassische Schuldumkehr im Sinne von Victim-Blaming (Opferbeschuldigung), Slut-Shaming (Bezeichnung als sogenannte Schlampe) und Rape-Culture (Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt als gesellschaftlich tolerierte und geduldete Kondition), die aus unserer Sicht absolut zu bekämpfen ist!

Das Problem hierbei ist nicht die Kleidungsweise einer Person, das Problem ist ganz klar Sexismus! Sexistische Vorfälle müssen durch die Eindämmung von sexistischem, chauvinistischem, patriarchalem und heteronormativem Gedankengut bekämpft werden, nicht durch eine Drangsalierung, Herabwürdigung und Diskriminierung der Opfer. Abgesehen davon sind derartige Kleidervorschriften eine Einschränkung der grundgesetzlich verankerten Garantie der freien Entfaltung der Persönlichkeit.

Jeder Mensch soll so leben dürfen, wie er*sie es möchte. Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung. Jeder Mensch soll sich so definieren können, wie er*sie eben möchte. Wir fordern

deshalb, dass Kleiderordnungen, die nur eine bestimmte Gruppe von Schüler*innen betreffen, im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen nicht weiter zugelassen werden und ein entsprechendes Verbot festgeschrieben wird.

An: Landeskonferenz Jusos Bayern, Landesparteitag BayernSPD

Verantwortlich: Jusos Straubing

B3: Bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen

Heutzutage ist ja oft die Rede vom Pflegenotstand und von der ungerechten Bezahlung gerade im sozialen Bereich. Dabei gerät ein wichtiger Bereich der sozialen Arbeit in der Debatte leider in den Hintergrund und zwar der der Kindererziehung und der Kinderpflege. Auch in diesen Berufen herrscht zum großen Teil ein Mangel an Personal und beruflichem Nachwuchs. Dies hat zur Folge, dass auch die Qualität der Kinderbetreuung und Erziehung auf der Strecke bleibt. So ist es leider häufig der Fall, dass pro Gruppe in den Kindergärten und Kindertagesstädten immer mehr Kinder auf eine Erzieher*in kommen. Die Tatsache bedeutet nicht nur eine zusätzliche Belastung für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen, sondern auch eine nicht ausreichende Betreuungszeit pro Kind. Auch wenn das Personal diese gerne aufbringen würde, ist dies leider des Öfteren nicht möglich.

Dieser Problematik kann auf lange Sicht entgegengesteuert werden, indem Berufsfelder der Kinderpflege und -erziehung wieder attraktiver gemacht werden. So soll der bestehende Mangel an Fachpersonal behoben und ein weiteres Verschlimmern verhindert werden. Es ist wichtig die Berufsstände der Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen durch bessere Bezahlung und bessere Ausbildung aufzuwerten. Es muss uns wieder gelingen Menschen für diese Berufe zu begeistern und zudem den Personen die diese Berufe bereits ergriffen haben für ihren Einsatz gebührend zu entlohnen. Nach fünf Jahren Ausbildung beträgt das durchschnittliche Einstiegsgehalt für Erzieher*innen lediglich 2300 Euro brutto im Monat. Nach fünf Jahren Ausbildung beträgt das durchschnittliche Einstiegsgehalt für Erzieher*innen lediglich 2300 Euro brutto im Monat. Nach vier Jahren im Beruf sind es 2700 Euro brutto. Das maximale Gehalt beträgt für Erzieher*innen 3300 Euro brutto. Bei Kinderpfleger*innen beträgt das Einstiegsgehalt je nachdem zwischen 1400 Euro und 2000 Euro brutto, bei drei Jahren Ausbildung. Dies entlohnt kaum für die mühsame Arbeit und reicht zudem kaum für ein gutes Leben, ganz gleich ob man den Beruf der Erzieher*in oder Kinderpfleger*in ergreift. Entsprechend fordern wir eine deutliche Erhöhung der Entgelte für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen. Über eine Änderung der Eingruppierung im Öffentlichen Dienst soll nachgedacht werden. Die Einführung einer zusätzlichen Besoldungsgruppe kann dabei als Maßnahme in Betracht gezogen werden. Zusätzlich ist die Ausbildung von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen durch die Verlagerung an Fachhochschulen aufzuwerten. Ein akademischer Abschluss lässt eine höhere Einstufung im Öffentlichen Dienst rechtfertigen.

Deshalb fordern wir Jusos Straubing, dass die SPD die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft GEW bei ihren Forderungen für eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen und auch für Kinderpfleger*innen klar unterstützt. Zudem fordern wir, dass sich die SPD bemüht, dass dieses Thema die notwendige Aufmerksamkeit bekommt. Denn bei der Erziehung und der Pflege unserer Kinder dürfen wir nicht sparen und ihnen das bestmögliche zukommen lassen. Dabei können wir uns einen Mangel an Fachkräften keinesfalls leisten.

An: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

B5: Sexualekundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten

Ein moderner Sexualunterricht sollte nicht nur dafür da sein, dass vor Gesundheitsrisiken gewarnt wird, Verhütungsmethoden vorgestellt werden und die biologischen Grundlagen der Fortpflanzung näher gebracht werden. Ein zeitgemäßer Sexualekundeunterricht sollte auch für den Umgang der Geschlechter miteinander sensibilisieren.

Dazu gehören mehrere Dinge. Zum einen sollte die soziale Dimension der Geschlechterdefinitionen näher gebracht werden. Außerdem müssen die sich wandelnden Geschlechterrollen behandelt werden. Weiterhin sind auch andere Geschlechter als nur Frau und Mann einzubeziehen. Schon früh sollten junge Menschen mit allen Geschlechteridentitäten in Kontakt kommen, um einen respektvollen und toleranten Umgang zu erlernen. Dabei soll die jeweilige Entwicklungsstufe der jungen Menschen berücksichtigt werden. Dies wäre eine nachhaltige Strategie, um Diskriminierung und Ressentiments gegen queere Menschen vorzubeugen.

Des Weiteren muss, gerade im Hinblick auf die derzeitige "#metoo-Debatte", im Umgang der Geschlechter miteinander eine tiefgehende Sensibilisierung entstehen. Die bestmögliche Prävention gegen sexuelle Übergriffe und einem latenten alltäglichen Sexismus ist und bleibt das Bewusstmachen dieser Problematik. Die Vermittlung von Toleranz und Respekt im alltäglichen Miteinander, vor allem in Bezug auf Interaktionen zwischen den Geschlechtern, muss die Basis eines an die moderne Gesellschaft angepassten Sexualekundeunterrichts sein. Dass die Awareness beim Thema Alltagssexismus über die schulische Bildung Teil einer gesellschaftlichen Identität wird, sehen wir als geeignetes und sogar nötiges Mittel an und glauben, dadurch einen ersten Schritt zum schlussendlichen Verschwinden von Alltagssexismus und sexueller Belästigung erreichen zu können.

Deswegen fordern wir:

Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass alle Geschlechter Teil des Sexualekundeunterrichts werden nicht nur im Sinne von Toleranz, sondern auch im Sinne von Akzeptanz.

Geschlechterrollen sind gesellschaftlich konstruierte Rollen. Wir fordern, dass der Umfang des Sexualekundeunterrichts über das binäre, heteronormative Geschlechtersystem hinaus geht.

Die Jusos fordern im Rahmen des Sexualekundeunterrichts eine frühe Sensibilisierung bei jungen Menschen für Alltagssexismus und den Umgang der Geschlechter miteinander.

Lehrer:innen, die das Fach Sexualekunde lehren, müssen zu diesem Thema Weiterbildungen absolvieren, die auch eine Awareness zum Thema bei ihnen sicherstellt.

Wir fordern, dass dem Sexualekundeunterricht an allen Schulen ein höheres Zeitkontingent zur Verfügung gestellt wird.

G: Gleichstellung

An: Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskongress Jusos, SPD Bundesparteitag
Verantwortlich: Jusos Straubing

G1: Achtung des dritten Geschlechts! Queer*feminismus wagen!

Wir Jusos setzen uns für Toleranz, Akzeptanz und Gleichberechtigung der Geschlechter ein, weil wir sehen, dass unsere männlich und heteronormativ geprägte Gesellschaft Ungleichheiten gerade aufgrund dieser engstirnigen Fixierung reproduziert. Davon betroffen sind in unserer Gesellschaft besonders Frauen und auch Menschen, die sich in keinster Weise in dieses binäre Geschlechtersystem von „Mann und Frau“ einordnen können und/oder wollen und auch nicht dem heteronormativen Bild der Gesellschaft entsprechen. Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen können, erfahren in diversen Bereichen alltägliche Diskriminierung und können kaum auf Unterstützungen hoffen.

Ein wichtiger Schritt diesbezüglich war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass es von nun im Geburtenregister nicht mehr nur eine Eintragung des männlichen und weiblichen Geschlechts, sondern auch eines dritten Geschlechts geben sollte. Ausgelöst wurde dieser Beschluss durch eine Klage einer queeren Person - namens Vanja -, die im Kindesalter dem weiblichen Geschlecht zugeordnet wurde, sich aber damit nicht identifizieren kann und will. Vanjas Antrag auf Änderung der Geschlechtsangabe im Geburtenregister in „inter“ wurde abgelehnt, woraufhin sie in allen Instanzen bis zum Bundesgerichtshof scheiterte. Erst die eingereichte Verfassungsbeschwerde war erfolgreich und wird nicht nur für Vanja, sondern auch für sehr viele Menschen mehr das Leben deutlich verbessern.

Allerdings müssen wir uns eingestehen, dass dieser Erfolg eben nur ein sehr kleiner Schritt in Richtung Akzeptanz von queeren Menschen ist. Gerade aus diesem Grund ist es die Aufgabe aller progressiven Kräfte, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Wir Jusos sind der Ansicht, dass die Einteilung der Menschen in zwei Geschlechter überwunden werden muss, da dadurch Unterdrückung, Diskriminierung und ganz einfach Schubladendenken reproduziert wird. Aus gerade diesem Grund müssen wir uns innerverbandlich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Deswegen halten wir es für notwendig jegliche Mitgliedsanträge der SPD um ein weiteres, drittes Geschlecht zu erweitern und damit den Menschen mehr Freiraum in unserer Partei zu geben, ohne sie pauschal in ein Geschlecht einsortieren zu müssen.

Wir müssen mehr Queerfeminismus wagen.

M: Medizin, Gesundheit und Forschung

An: Juso-Landeskonferenz Bayern, Juso Bundeskongress, SPD-Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag

Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

M1: Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!

Fast jeder dritte Mensch leidet im Laufe seines Lebens an einer Behandlungsbedürftigen psychischen Krankheit, dazu gehören unter anderem Depressionen, Alkoholerkrankungen und bipolare Störungen. Durch die Tabuisierung, die wir immer noch in unserer Gesellschaft erleben, ist die Hemmschwelle sehr hoch, sich präventiv bereits in Behandlung zu geben – es wird abgewartet, bis das „normale Leben“ nicht mehr möglich ist. Das Bundesministerium für Gesundheit fördert Aufklärungskampagnen und –vereine, hat allerdings keine eigene Kampagne.¹ In Europa sind 50.000.000 Bürger:innen von Depressionen und Suchterkrankungen betroffen.²

Es gibt zwei Arten Psychotherapeut:in zu werden. Für die Ausbildung zur:zum psychologischen Psychotherapeut:in bedarf es eines Bachelor- und Masterstudiums der Psychologie mit Schwerpunkt klinischer Psychologie. An das Masterstudium der Psychologie schließt sich eine Psychotherapeut:innenausbildung an, die sich über einen Zeitraum von 3-5 Jahren erstreckt und im Durchschnitt 20.000€ kostet.³ Mit abgeschlossener Ausbildung erfolgt die Approbation, die zu einer Kassenzulassung führen kann und somit zur selbstständigen Arbeit. Psychologische Psychotherapeut:innen dürfen lediglich therapieren.

Für die Ausbildung zur:zum medizinischen Psychotherapeut:in benötigt man ein Medizinstudium mit anschließender Fachärzt:innenausbildung. Medizinische Psychotherapeut:innen, auch Psychiater:innen genannt, sind befugt Medikamente zu verschreiben und Diagnosen zu stellen.

Die Verhältniszahlen, die zur Ermittlung des Bedarfes an Psychotherapeut:innen genutzt werden, stammen noch aus dem Jahr 1999. Während die Verhältniszahlen fast flächendeckend eine Überversorgung vermitteln, leiden tatsächlich 5.000.000 Menschen in Deutschland an einer psychischen Krankheit, während allerdings nur 1.500.000 Behandlungsplätze zur Verfügung stehen.⁴ Dies führt zu einer durchschnittlichen Wartezeit von 3 Monaten bis zum ersten Beratungstermin. Durch das Versorgungsstrukturgesetz 2012 wurden, dank der alten Verhältniszahlen, Praxen geschlossen und stillgelegt, statt die Versorgung weiter auszubauen.⁵ Vor allem jetzt, da viele Geflüchtete mit Traumata zu uns kommen, stehen die Verhältniszahlen von 1999 in keinerlei Relation zum eigentlichen Bedarf.

Während der Ausbildung zum:zur Psychotherapeut:in müssen die Auszubildenden 1.200 Praxisstunden an einer psychiatrischen klinischen Einrichtung und 600 Stunden bei der psychotherapeutischen oder psychosomatischen Versorgung in einer Praxis ableisten.⁶ Hierzu gibt es noch keine gesetzliche Regelung über die Vergütung und das genaue Vertragsverhältnis der Auszubildenden. Es ist also Sache des:der

¹<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/s/seelische-gesundheit.html>

²<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheits-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz.html>

³<http://www.psychologie-studieren.de/ausbildung-zum-psychologischen-psychotherapeuten/>;
<http://www.kbap.de/ausbildung/psychotherapieausbildung/psych-psychotherapeutin-ap/kosten/>

⁴<http://www.zeit.de/2011/47/C-Psychotherapeuten/komplettansicht>

⁵<http://www.ndr.de/ratgeber/gesundheits/psychotherapie101.html>

⁶PiA – Handlungshilfe für betriebliche Interessenvertretungen, ver.di, S, 13.

Arbeitgeber:in, ob die Auszubildenden in ihrer Praxiszeit als Praktikant:innen oder anders vergütet werden.

Psychische Krankheiten sind die Ursache von 10% aller Fehltage und häufig Grund für einen frühzeitigen Eintritt in die Rente.⁷ Durch häufig einseitige psychische Belastung und körperliche Unterforderung am Arbeitsplatz entstehen häufig körperliche Beschwerden, die zu Ausfällen führen können. Diese führen wiederum zu erhöhtem Zeitdruck und damit einhergehende Überforderung.

Auch an Universitäten ist die psychische Versorgung der Studierenden stark standortabhängig. So wartet man beispielsweise an der Universität Passau mitunter länger als einen Monat, bis überhaupt eine Reaktion des:der Seelsorger:in erfolgt. Diese besteht in manchen Fällen aus dem schlichten Hinweis, sich anderweitig Hilfe zu suchen. Das psychologische Beratungsangebot wird dem augenscheinlich großen Bedarf an psychischer Unterstützung im Studium daher nicht gerecht. Der Druck, dem Studierende mittlerweile während des Studiums ausgesetzt sind ist immens. Neben einer Regelstudienzeit haben viele Universitäten eine Maximalsemesteranzahl eingeführt. Das führt dazu, dass ein ehrenamtliches Engagement außerhalb der Universität immer schwieriger wird. Auch Studierende, die auf einen Nebenjob angewiesen sind, sind mehr belastet. Das Studium entwickelt sich immer mehr zu einer scheinbar für alle offenen Institution, die allerdings am einfachsten für Menschen mit genug Geld zu bestreiten ist. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, dass kommerzielle juristische Repetitorien in ihrem Programm zusätzlich kostenpflichtige psychologische Unterstützung an.⁸ Selbst wenn sich Jurastudent:innen mit geringerem Einkommen das private Repetitorium leisten können, müssen sie hier erneut in die Tasche greifen.

Deswegen fordern wir:

Es muss eine breit ausgebaute Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Gesundheit geben. Affektive Störungen müssen endlich in ihrer Schwere auch öffentlich als Krankheit wahrgenommen werden! Es darf kein Tabu mehr sein in der Öffentlichkeit über affektive Störungen genauso zu reden, wie über ein gebrochenes Bein oder einen amputierten Arm.

Um die Menge an Patient:innen wirksam und zeitnah behandeln zu können, brauchen wir genug Psychotherapeut:innen im Land. Hierfür muss die Ausbildung gebührenfrei werden. Auch bei anderen Ausbildungen wurde die Branche nicht durch Gebührenfreiheit zerstört.

Psychotherapeut:innen in Ausbildung müssen fair entlohnt werden. Hierzu muss in Kooperation mit den Gewerkschaften eine Vergütung wie bei Mediziner:innen in der Fachärzt:innenausbildung erfolgen.

Die Verhältniszahlen für den Bedarf an Psychotherapeut:innen müssen endlich an die Realität angepasst und regelmäßig aktualisiert werden! Neben dem Ausbau müssen aber auch in der Ausbildung der Psychotherapeut:innen Traumata durch Kriege und Folter verstärkt behandelt werden, um allen Menschen effektiv helfen zu können.

Auch an Universitäten muss die Versorgung mit Psychotherapeut:innen ausgebessert werden. Hier gilt es genug Kräfte anzustellen, dass Studierenden über kurzfristige Tiefs hinweggeholfen werden kann und diese – sollten die Probleme grundlegender und schwerwiegender sein – zeitnah an eine:n geeignete:n Psychotherapeut:in überwiesen werden. Es kann nicht sein, dass Studierende mitunter vier Wochen auf eine Absage per Mail warten müssen.

⁷<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheits-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz.html>

⁸<https://www.hemmer-win.de/>

An: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

M2: Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen

Prolog:

Die deutsche Rechtslage im Bereich der Stammzellenforschung und ihrer Anwendung in der Humanmedizin gilt als äußerst restriktiv. Und in der Tat verbieten das Stammzellenschutzgesetz sowie das Embryonenschutzgesetz viele Möglichkeiten von Forschung und Therapie, die in anderen Nationen mittlerweile erlaubt wurden.⁹

Die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis höchste Strafandrohung des Embryonenschutzgesetzes findet sich auf die Verwendung einer menschlichen Keimzelle (im Wesentlichen Ei- und Samenzellen) mit künstlich veränderter Erbinformation zur Befruchtung. Die hierbei unumkehrbaren „zu erwartenden Fehlschläge“ wie schwerste Missbildungen waren Grund für den Gesetzgeber, tätig zu werden.¹⁰

Das Problem, das das 1990, und damit im „Mittelalter der Reproduktionsmedizin“ (Spiewak) verabschiedete Embryonenschutzgesetz jedoch nicht bedenkt: Mittlerweile können auch fertig ausdifferenzierte Körperzellen von Erwachsenen, beispielsweise aus Blut oder Haut, zu sogenannten induzierten pluripotenten Stammzellen zurückprogrammiert werden.¹¹ Diese können, wie im Tierversuch bereits nachgewiesen, auch zur Fortpflanzung eingesetzt werden.¹²

Hierbei wird die Erbinformation der Zellen bei diesem Reprogrammierungsprozess durch äußere Faktoren grundsätzlich intakt gelassen.¹³ Daher fallen Sie nicht unter das Verbot der Verwendung zur Befruchtung des Embryonenschutzgesetzes.

Nichtsdestoweniger erlebten die Zellen, die als Ausgangsmaterial für die Reprogrammierung dienen sollen, bereits eine Vielzahl von natürlichen Mutationen. Zudem sind sie als bereits ausdifferenzierte Körperzellen eigentlich nicht mehr in der Lage, zur Fortpflanzung zu dienen.

Diese Risikofaktoren schaffen ein ähnliches Gefährdungsbild wie bei der Verwendung von genmanipuliertem Material. Es sind ebenso nicht absehbare Konsequenzen unter Verwendung von eigentlich ausdifferenzierten wie genetisch veränderten Zellen zu erwarten. Die für den:die Einzelne:n schweren und unumkehrbare Folgen schaffen dringenden Handlungsbedarf!

Forderung:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot der Verwendung von auf ausdifferenzierten Körperzellen basierendem Material zur Fortpflanzung in das Embryonenschutzgesetz aufgenommen wird bis diese Art der Reproduktion in der Sicherheit mit der natürlichen Fortpflanzung vergleichbar ist.

⁹ <http://www.drze.de/im-blickpunkt/stammzellen/gesetze-und-regelungen>

¹⁰ Gesetzesbegründung EschG, BT-Drs. 11/5460

¹¹ https://www.wissensschau.de/stammzellen/ips_zellen.php

¹² <http://www.taz.de/!5346042/>

¹³ <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1934590913003135?via%3Dihub>

S: Inneres, Sicherheit, Rechtsextremismus und Kommunales

An: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

S4: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

Analyse:

Wo tauchten deutsche Waffen auf?

In den vergangenen Jahren haben sich Fälle gehäuft, in denen deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebieten entdeckt wurden, wo sie eigentlich nicht hätten sein dürfen. Käufer:innen deutscher Waffen hatten sie weitergegeben, ohne Deutschland zu informieren. Entdeckungen, die für die Bundesregierung meist peinlich waren. In Georgien tauchten während des Kaukasuskriegs 2008 Sturmgewehre des Typs G-36 auf, die nie aus Deutschland dorthin geliefert worden waren. Wer sie Georgien gab, war angeblich nicht mehr festzustellen.

In Libyen wurden 2011 G36-Gewehre entdeckt, die das Gaddhafi-Regime nicht in Deutschland gekauft hatte, aber gegen die Opposition einsetzen konnte. Sie kamen nach Erkenntnisse des Herstellers „Heckler & Koch“, aus Ägypten. Kairo hatte geliefert, ohne Berlin zu fragen.

Auch in Mexiko gab es Probleme: Mexiko hatte G-36-Gewehre für die Polizei einiger Bundesstaaten bestellt. Die Lieferung wurde genehmigt, weil vier besonders problematische Bundesstaaten in der mexikanischen Endverbleibserklärung nicht genannt wurden. Genau dort aber fand sich anschließend fast die Hälfte der Lieferung von mehr als 10.000 Gewehren wieder. Äußerst brisant hierbei, dass die 43 Studierenden die 2014 in Iguala entführt und später erschossen wurden offenbar durch deutsche G36er starben. Die mexikanische Endverbleibserklärung hatte die Absicht, die Gewehre auch in den vier problematischen Bundesstaaten an die Polizei zu verteilen, schlicht verschwiegen. Konsequenzen hieraus: keine.

Auch im Jemen tauchten jüngst G3-Gewehre auf, die Saudi-Arabien in Lizenz produziert und ohne Zustimmung der Bundesregierung weitergegeben hatte. Das G3, muss dazu gesagt werden, ist nach der Kalaschnikow das erfolgreichste Sturmgewehr der Welt, da es oft durch „Heckler & Koch“ lizenziert im Ausland produziert wird.

Wo und was wird geprüft?

Einzelfall nach Einzelfall. Zum wiederholten Verdruss der Bundesregierung wurden sie öffentlich. Deutlich wurde: Die Endverbleibsregelungen für deutsche Rüstungsexporte gleichen bisher dem sprichwörtlichen Schweizer Käse: Es gibt mehr Löcher als Käse. Dass das so ist, liegt auch daran, dass die Bundesregierung den Endverbleib bislang nie kontrollieren wollte. Hier hat sie auf Druck der Opposition mittlerweile nachgebessert, Kontrollen der Endverbleibserklärungen werden durchgeführt allerdings nur stichprobenhaft und nur in den sogenannten Drittstaaten. NATO und EU-Partner sowie Partnerstaaten in UN-Missionen und die NATO-gleichgestellten Länder (Japan, Israel, Australien etc.) zählen nicht zu den Ländern die bei Endverbleibserklärungen überprüft werden sollen. So hatte im Jahr 2011 der deutsche Gewehrproduzent „Sig-Sauer“ tausende Kleinwaffen in die USA verkauft, auch hier war der deklarierte Endverbleib eine Behörde der US-Armee. Das Problem dabei war nur, dass die Waffen einige Wochen später in Kolumbien wiederauftauchten wo zu

dieser Zeit noch ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung und verschiedenen Guerilla Gruppen stattfand. Mittlerweile hat sich rausgestellt, dass „Sig-Sauer“ von dem wirklichen Endverbleib wusste und die Bundesregierung schlichtweg nicht informierte. Das Unternehmen hat seine Produktion in die USA ausgesiedelt, nachdem sie in Deutschland deswegen verklagt wurden. Ähnliche Fälle sind auch aus der Türkei bekannt, die in einigen Krisenherden im Nahen Osten einer der „Big-Player“ ist. Ein weiteres Problem ist, dass die Bundesregierung die eingeführten „Post-Shipmentskontrollen“ nur bei Kleinwaffen durchführt. Sobald es um Teile von Raketenträgersystemen, Geschütztürme für Panzer oder Brennstoffzellen für U-Boote geht, wird überhaupt nicht mehr nachgefragt. Die Bundesregierung schrieb hierzu in einem Statement: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Rüstungszusammenarbeit mit Drittländern dürfen durch das System der Post-Shipmentskontrollen nicht gefährdet werden.“ Offener kann eine Regierung kaum zugeben, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg wichtiger als Menschenleben und –rechte ist.

Warum brauchen wir Endverbleibskontrollen?

Wir Jusos bekennen uns zur friedlichen Konfliktlösung. Dies gilt für jeden Konflikt weltweit. Wir erkennen dennoch ob der aktuellen sicherheitspolitischen Lage und unserer Schutzverantwortung als Teil der Gemeinschaft aller Menschen an, dass in bestimmten Situationen der Einsatz bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann. Wenn in einem solchen Fall die Vereinten Nationen eine humanitäre Intervention beginnen und dabei bewaffnete Blauhelme zum Einsatz kommen, müssen diese möglichst gut ausgerüstet sein, um ihr eigenes Leben sowie das Leben der Zivilist:innen im Land zu schützen. Die beste Ausrüstung für Soldat:innen, vor allem die Kriegswaffen können auch aus Deutschland kommen.

So lang die Rüstungskonzerne in Deutschland nicht verstaatlicht sind und dem Druck des Marktes unterliegen, müssen zum einen die Wettbewerbsfähigkeit und zum anderen die Arbeitsplätze des Unternehmens gesichert werden. Dies kann aber in keinem Fall auf Kosten von Menschenleben gehen, indem Waffen in Krisengebiete, wenn auch über Umwege, geliefert werden, um Konflikte anzuheizen (s. Türkei in Syrien). Außerdem darf es nicht auf Kosten der Menschenrechte, die von Regimen mit deutschen Waffen verletzt werden (s. Gadhafi und die Opposition). Um sicherzustellen, dass keine deutschen Waffen über Umwege in Krisengebiete geliefert werden, müssen wirksame, flächendeckende Endverbleibskontrollen eingeführt werden. Diese müssen über die Größe von Stichproben hinausgehen um sicherzustellen, dass ein Land nicht eine Lieferung ordnungsgemäß behält und aufbewahrt und eine andere Lieferung weiterschickt.

Warum auch bei Bündnispartner:innen Kontrolle besser als Vertrauen ist.

Endverbleibskontrollen müssen bei allen Partner:innen stattfinden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Waffen, welche in Drittstaaten exportiert werden, meist auch in diesen verbleiben. Die Waffen jedoch, welche in Staaten exportiert werden, welche Bündnispartner:innen Deutschlands sind, egal ob über NATO, UN oder EU diejenigen Staaten sind, welche die Waffen dann im Sinne der Rüstungskonzerne weiterverkaufen. Oder im schlimmsten Fall sogar im Sinne des jeweiligen Staates an terroristische Gruppen oder andere Staaten weitergeben.

Wer soll die Kontrollen durchführen?

Die momentanen Endverbleibskontrollen werden durch das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle übernommen. Diese Aufgabenteilung zwischen Außenministerium und Wirtschaftsministerium schafft eine weitere

gegenseitige Kontrolle, da das Auswärtige Amt in Deutschland traditionell durch den:die Junior-Koalitionspartner:innen besetzt ist. Im Fall der letzten GroKo gibt das der SPD die Möglichkeit die Waffenexporte die im Bundessicherheitsrat vor allem durch eine Unions-Mehrheit beschlossen wurden, zu überprüfen.

Kein Arbeitsplatz wird bedroht.

Das Argument der letzten Bundesregierung, das durch diese „Post-shipment-Kontrollen“ der wirtschaftliche Erfolg der Rüstungskonzerne bedroht wäre ist sehr fadenscheinig. Gerade weil Deutschland weltweit einige der besten Panzer und U-Boote herstellt, wird die wirtschaftliche Situation der Rüstungskonzerne nicht bedroht. Dies ist auch an den vollen Auftragsbüchern sichtbar, so will Norwegen im nächsten Jahr 4 U-Boote von „Thyssen-Krupp-Marine-Systems“ im Wert von 4,33 Milliarden Euro kaufen. Griechenland hat im Jahr 2014 trotz Schuldenkrise Leopard-Panzer von „KMW“ für rund 1,7 Milliarden Euro gekauft. Die Union fordert in den aktuellen Sondierungen eine Erhöhung des Wehretats um die Bundeswehr neu auszustatten, ein weiterer Auftrag für die deutschen Rüstungskonzerne der Milliarden einspielen sollte. Alles in allem spricht nichts dagegen, Endverbleibskontrollen wirksam und flächendeckend umzusetzen um aktuelle Situationen wie im Jemen zu verhindern, wo Saudische Bomber deutsche Bomben auf Rebellen abwerfen die sich auch mit deutschem Gerät verteidigen.

Deswegen fordern wir:

Die SPD setzt sich für wirksame und flächendeckende Kriegswaffen-Endverbleibskontrollen auch bei militärischen Bündnispartner:innen ein.

An: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

S5: Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum

Die Jugend als Reifeprozess stellt den wohl prägendsten Abschnitt für die Identitätsfindung eines Menschen dar. Mag zwar die Ausprägung dieses Prozesses von Individuum zu Individuum differieren, so teilen junge Menschen dennoch gewisse Bedürfnisse;

Der Abnabelungsprozess vom Elternhaus mag ein solches sein, ebenso der Wunsch, eigene Stärken zu entdecken und auszubauen, selbstständig zu sein, neue Erfahrungen zu sammeln und, vor allem, sich mit Gleichaltrigen und / oder -gesinnten zu umgeben. Auch ist es im Jugendalter wichtig, eigene Grenzen und Schwächen zu erkennen, möglichst zu lernen, mit diesen umzugehen. Dies kann Jugendlichen nur gelingen, wenn sie die Chance haben, sich an Neuem auszutesten und dabei Rückmeldung von einem vertrauten, sozialen Gefüge bekommen.

Eine bewährte Methode, die nicht nur mit Bildungsprogrammen, Veranstaltungen und Events speziell für Jugendliche, sondern auch schlicht einem Treff- und Anlaufpunkt für genannte Zielgruppe aufwartet, sind Institutionen wie Jugendtreffs/-zentren/-häuser etc. Diese Treffs existieren neben partei-, kirchlich oder institutionell geprägten Jugendorganisationen und sind zweckfreie Einrichtungen mit „Wohnzimmer-Charakter“. Neben einem unbeeinflussten Bildungsauftrag erfüllen sie auch den Wunsch Jugendlicher, sich außerhalb von Vereinen und Schule zu vernetzen. Während nicht Jede:r Anschluss zu kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten hat, können solche Jugendeinrichtungen eben Jenen die Möglichkeit geben, sich an handwerklichen und kreativen Aktivitäten zu versuchen oder auch einmal Verantwortung für ein Amt zu übernehmen und sich in Teamarbeit, „learning by doing“, zu schulen. Dies stärkt die Eigenverantwortung, das Selbstbewusstsein und den natürlichen Abnabelungsprozess von den Eltern, da Jugendliche sich in einem von übermächtigen Hierarchien und Leistungsdruck freien Raum austoben können und durch das Wirkungsgefüge einer Institution, die zwar eine Richtung weist, aber dennoch viel Platz für eigene Impulse und Mitarbeit lässt, an ihren Herausforderungen wachsen.

Während in Städten eine große Auswahl an solchen Einrichtungen, ob in privater, kirchlicher oder öffentlicher Hand, besteht, sind sie im ländlichen Raum kaum zu finden. Während es in Passau allein acht Jugendtreffs gibt, gibt es im gesamten Landkreis lediglich zwei kirchliche Jugendbüros in Pocking und Hauzenberg, das sich hauptsächlich auf Glaubensaktivitäten beschränkt. Dass es möglich wäre, Strukturen für mehr Jugendarbeit auf dem Land zu schaffen, zeigen Sportvereine und kirchliche Verbände.

Dabei wäre es gerade im ländlichen Raum wichtig, solche selbstverwalteten Zufluchtsorte zur Verfügung zu stellen. Da das ÖPNV-Netz auf dem Land nicht allzu flexibel ist und nicht Jede:r über ein eigenes Fahrzeug verfügt, geschweige denn in unmittelbarer Nähe zu einer größeren Stadt lebt, fehlt es an Angebot an und freier Auswahl der Freizeitgestaltung. Zwar zieht es junge Erwachsene immer häufiger in

Ballungsräume und Städte, doch besteht auch ein Trend der Wiederkehr junger Familien in die Peripherie, weshalb ein Bedarf an Jugendeinrichtungen bestehen bleiben dürfte.

Räumliche wie zeitliche Isolation lassen Jugendlichen umso weniger Raum, sich abzunabeln und zu entfalten. Das enge Aufeinandersitzen mit der Familie und festgefahren sein im Altbekanntem in einer krisenschwangeren Zeit wie der Pubertät birgt viel Konfliktpotential. Deshalb ist es besonders wichtig einen Ausgleich zu haben, der nicht an Geld, Interessen oder Hierarchien gebunden ist. Des Weiteren wären solche Jugendtreffs ein Anknüpfungspunkt, junge Menschen früh für den politischen Diskurs zu begeistern. Im ländlichen Raum ist ein solcher außerhalb von Schule und Gasthäusern eher nicht zu finden, in beiden Fällen ist mit einer inhaltlich freien Debatte eher nicht zu rechnen. Würde man diesen durch das Etablieren bestimmter Plattformen anbieten, ließe sich ein gewisser Trend zur Politikverdrossenheit und Unmut auf das „Establishment“, das „unerreichbar in den Großstädten thront“, abbauen. Auch könnten junge Menschen durch gezielte Projekte im voneinander Lernen für Themen wie sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Inklusion und Integration sensibilisiert und eingebettet werden.

Während der Bayerische Jugendring, die Kirchen und der Landessportverband ihnen untergeordnete Jugendarbeit bezuschussen, bleibt die weitere Unterhaltung in privater Hand. Mögliche Finanzhilfe erfahren Jugendzentren und die dort oft ehrenamtlich Arbeitenden höchstens durch Sponsoren oder die jeweiligen Gemeinden, welche allerdings häufig nicht über die entscheidenden Mittel verfügen. Der Freistaat Bayern muss den Gemeinden also unter die Arme greifen, um angemessene und angemessen flächendeckende Jugendzentren anzubieten.

Das Sozialgesetzbuch schreibt eine solche Förderung indirekt vor, siehe § 11 Abs. 1 SGB VIII : „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“ Dass der Freistaat Bayern im Umsetzen dessen bisher gescheitert ist, scheint offensichtlich. Freie Träger der Jugendarbeit müssen mehr Unterstützung aus öffentlicher Hand erfahren. Während eine Kooperation mit Organisationen wie ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung), dem Bundesjugendring und dem Bund der deutschen Landjugend wünschenswert ist, müssen die eigenverantwortlichen Institutionen ihnen gerecht werdende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um dauerhaft ein interessantes Programm anbieten zu können. Denn hat ein Jugendzentrum erst einmal Zulauf, ist sein Bestehen vorerst gesichert und selbst befeuernd.

Konkrete Forderungen

- Flächendeckend eigenverantwortliche und nicht zweckgebundene Bildungseinrichtungen für junge Menschen schaffen, Ausbau solcher insbesondere im ländlichen Raum
- Entlastung der Gemeinden durch Bezuschussung von Jugendzentren durch den Freistaat Bayern
- Kooperation mit Dachverbänden, die in der Jugendarbeit tätig sind, aber nicht an eine höhere Institution (Kirche, Parteien, Sportverbände etc.) gebunden sind,

beispielsweise ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung),
Bundesjugendring, Bund der deutschen Landjugend

An: Juso Landeskonferenz, SPD Landesparteitag an die SPD- Landtagsfraktion

Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

S7: Verbesserung des ÖPNVs

Prolog:

Tallinn als erste europäische Hauptstadt macht es vor, verschiedene belgische und französische Kommunen ebenso: Der öffentliche Personennahverkehr zum Nulltarif. Währenddessen in Bayern: Tarifwirrwarr – für wenige Kilometer müssen mitunter mehrere überbezahlte Tickets gelöst werden. Gerade im ländlichen Raum ist die Kooperation der verschiedenen Verkehrsverbände schlecht, wodurch des Öfteren signifikante Wartezeiten für die einzelnen Passagier:innen an regionalen Zuständigkeitsgrenzen entstehen. Sogar der Rückbau einzelner Verbindungen ist kein Tabu mehr. Gerade in finanzschwachen Kommunen ist die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe für all jene, die sich außerhalb des fahrfähigen Alters befinden oder aus anderen Gründen kein eigenes Kraftfahrzeug unterhalten können oder wollen stark eingeschränkt. Besonders im Schichtdienst ist das eigene Verkehrsmittel heutzutage kaum mehr wegzudenken, denn öffentliche Verkehrsangebote außerhalb der üblichen Stoßzeiten sind Mangelware. Dies schadet vor allem der Wirtschaft: Arbeitssuchende werden von vornherein abgeschreckt, sich auf Jobangebote zu bewerben, die etwas entfernter von der eigenen Haustür liegen. Und auch das soziale Miteinander leidet: Junge Menschen müssen viel zu früh den letzten Bus nehmen und auf den restlichen Abend mit (Partei-)Freund:innen verzichten. Ältere Menschen vereinsamen, weil ihre eingeschränkte Mobilität nicht öffentlich kompensiert wird. Viele Gegenden sind ohne ausgiebige Fußmärsche überhaupt nicht mehr angeschlossen. Und oftmals passt die Gehhilfe oder das Fahrrad dann auch nicht ohne Weiteres in den Bus. Doch auch in Metropolregionen wie dem Großraum München plagen überbezahlte Ticketpreise die Bürger:innen. Der allgegenwärtige Investitionsstau macht Pendeln mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Glaubensfrage und motiviert stattdessen täglich Millionen Bürger:innen, lieber den PKW für den Weg zum Arbeitsplatz zu nutzen. Neue Technologien wie das autonome Fahren werden stiefmütterlich behandelt und gegenüber konventionellen Herangehensweisen vernachlässigt.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Ein solidarisch finanzierter, moderner, flexibler und zukunftsorientierter öffentlicher Personennahverkehr. Dies entlastet die Umwelt, ist sicherer, zuverlässiger und ökonomischer als der tägliche motorisierte Individualverkehr. Die positiven Beispiele mit gelungener Umstellung der öffentlichen Verkehrsmittel auf einen Betriebsmodus, der ohne Zahlung der individuellen Nutzung auskommt machen dieses Konzept zu einem förderungswürdigen und vielversprechenden Lösungsansatz.

Deswegen fordern wir:

Die SPD setzt sich ein für:

- ein Kooperationsgebot zur engeren Abstimmung der Verkehrsverbände.
- die konsequente Modernisierung bei gleichzeitigem Ausbau bestehender Systeme und Linien.
- die Förderung der Forschung nach neuer Technik (bspw. autonome Fahrsysteme).
- die Förderung und Erprobung von Modellen des kostenlosen ÖPNVs:
- finanziert durch Steuermittel (im Gesamthaushalt)
- finanziert durch Beiträge (Verkehrsabgabe) von
 - o Arbeitgeber:innen

- Tourist:innen
- Grundstückseigentümer:innen
- Autofahrer:innen und/oder

An: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Juso Unterbezirk Passau

S8: “Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!

Prolog:

Im April 2012 sprach sich der Bayerische Landtag einstimmig dafür aus, die Organisation “Freies Netz Süd” (FNS) zu verbieten. Bis zum endgültigen Verbot durch das Bayerische Innenministerium gingen allerdings mehr als zwei Jahre ins Land. Durch diese enorme zeitliche Verzögerung hatten die Mitglieder des FNS die Möglichkeit, sich Ausweichstrukturen zu schaffen.

Die Partei “Der Dritte Weg” wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet. Sie setzt sich zusammen aus (Ex-)Mitgliedern der NPD und des FNS. Durch die Gründung in Heidelberg und die Beteiligung anderer Akteur:innen aus der rechtsextremen Szene, konnte ein direktes Verbot als Nachfolgeorganisation verhindert werden. Die Gründung einer Partei erfolgte auch, um einen zusätzlichen Schutz durch das von ihnen bekämpfte Grundgesetz in Form des Parteienprivilegs zu gewährleisten.

Die Partei setzt, im Gegensatz zu anderen Parteien, nicht auf personelles Wachstum. Die radikal-völkischen Nationalist:innen sehen sich selbst als eingeschworenen Kreis an Aktivist:innen, deren Ziel es ist, die Bundesrepublik Deutschland zu zerstören. So fordern sie, dass das “Volk den illusionären Unwert 70-jähriger Umerziehung gänzlich abstreift” und stellen sich damit direkt in eine Linie mit der Nazi-Ideologie der NSDAP. Zudem vernetzt sich „Der Dritte Weg“ mit rechtsextremen Gruppen im Ausland, unter anderem der goldenen Morgenröte in Griechenland und dem “Nordic Resistance Movement”, die immer wieder auch durch Verherrlichung der SS und Adolf Hitler auffallen. In Deutschland besteht Kontakt zur Identitären Bewegung.

Unter anderem fordert „Der Dritte Weg“ die Wiederherstellung der Grenze von 1937. Auch die Aneignung von teils verbotenen nationalsozialistischen Symbolen und Ritualen ist Kernelement der Partei – mitunter zeigen sie diese in der Öffentlichkeit.

Grundsätzlich sieht sich „Der Dritte Weg“ als Verteidiger des „Deutschen Volkes“ und der „germanischen Kultur“. So schreiben sie auf ihrer Website, durch „fiebrhaften Wahn multikultureller Volksvermischer droht heute ganz Europa zu zerbrechen und unwiederbringlich niederzugehen“. Die hier genutzte Terminologie der “Volksvermischung” steht nicht nur in der Tradition des Nationalsozialismus, sondern entstammt diesem auch.

Zusammensetzung und Organisation

Der Gründer der Aussteiger:innenorganisation „Exit“, Bernd Wagner, sieht den „Dritten Weg“ als eine Partei, die sich selbst im “Partisanenkrieg gegen die Demokratie” wähnt. Mit Gewalttaten gegen Geflüchtete und Andersdenkende widersprechen die Taten und Ziele der Partei klar der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Zudem dient “Der Dritte Weg” als ein Auffangbecken für Mitglieder verbotener Kameradschaften. Vielen dieser Neonazis wird nicht nur politisch eine neue Heimat geboten, sie sind auch in Vorstandspositionen wiederzufinden.

An der Organisation und der Art der Aktivitäten ist zu erkennen, dass „Der Dritte Weg“ tatsächlich eine Nachfolgeorganisation des „Freien Netz Süd“ ist. So heißen ihre Vertretungen auf Kreis- oder Bezirksebene “Stützpunkte” und dienen ihren Kadern als Netzwerkbasis zur Missionierung. Man kann nicht sofort Mitglied werden, sondern

startet als Fördermitglied, mit der Option als Vollmitglied aufgenommen zu werden. Hierzu muss eine Mitgliederversammlung abgehalten werden. So kontrolliert die Partei, dass keine unliebsamen Menschen Mitglieder werden und die stramme Neonazi-Linie fortgeführt wird.

Die Entstehung neuer Stützpunkte im Bundesgebiet bei nur schwach wachsender Mitgliederzahl zeigt, dass "Der Dritte Weg" nur auf Bundesebene verboten werden kann. Drohungen und Gewaltdelikte sind Teil des Auftretens der Rechtsextremen, die sich auf Veranstaltungen auch mit rechten Terrorist:innen zeigen, wie dem verurteilten Karl-Heinz Statzberger, dessen Anschlagversuch auf ein jüdisches Gemeindezentrum in München vereitelt wurde.

Teilnahme an Wahlen

„Der Dritte Weg“ strebt keine wirkliche Mitarbeit in Parlamenten an, bisher ist sie seit ihrer Gründung lediglich bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten. Stattdessen versucht sie durch ihren Organisation und das aufgebaute Netzwerk gezielt Ängste zu schüren und Menschen zu Hetze und Gewalttaten anzustacheln.

Aktionsprofil

„Der Dritte Weg“ betreibt Hetzkampagnen im Netz, veröffentlichte unter anderem eine interaktive Karte, in der Geflüchtetenunterkünfte mit detaillierten Beschreibungen vermerkt waren. Auch Flyeraktionen, um gezielt vor Ort Angst zu schüren werden immer wieder durchgeführt. Auf der Wiesn 2015 verteilte „Der Dritte Weg“ Flyer, die den Eindruck erweckten, dass massenhaft Frauen durch Asylbewerber:innen vergewaltigt wurden. Auf dem Flyer standen vermeintlich "gutgemeinte" Tipps - Ziel war es aber die von ihnen selbst geschürten Ängste augenscheinlich zu bestätigen. Im Umfeld geplanter Geflüchtetenunterkünfte waren es auch immer wieder Mitglieder des "Dritten Wegs", die, scheinbar als Privatpersonen, Protestgruppen in Sozialen Netzwerken wie Facebook gründeten und Angst und Hass vor Ort schürten. Dieses getarnte Vorgehen ermöglicht es ihnen zunächst Kontakt zur örtlichen Bevölkerung aufzubauen und ohne das Wissen von offiziellen oder antifaschistischen Gruppen Menschen vor Ort gegen beispielsweise geplante Unterkünfte aufzustacheln, bevor diese auch nur in der Gemeinde diskutiert werden.

Das Bundesverfassungsgericht ist, aus gutem Grund, die einzige Instanz in Deutschland, die Parteien verbieten kann. Trotz der geringen Größe stellt die Partei „Der Dritte Weg“ eine erhebliche Gefahr für unser Zusammenleben dar. Sie versucht die Spaltung der Gesellschaft voran zu treiben und ist damit durch ihre subversive Art erfolgreicher, als es die plumpe NPD jemals war. Auch durch ihr verfassungsfeindliches Profil halten wir ein Verbot dieser Partei für unumgänglich.

Da es allerdings durchaus sein kann, dass die Partei u.a. durch ihre Organisationsart oder den mangelnden Willen an parlamentarischer Mitbestimmung vom Bundesverfassungsgericht nicht als Partei angesehen wird, möchten wir auch diese Möglichkeit abdecken.

Deswegen fordern wir:

- Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass ein Verbotsverfahren der Partei "Der Dritte Weg" vor dem Bundesverfassungsgericht eingeleitet wird.
- Falls das Verbotsverfahren an der Definition als "Partei" scheitern sollte, ist es die Aufgabe der SPD "Der Dritte Weg" als verfassungsfeindliche Organisation nach dem Vereinsgesetz verbieten zu lassen.

An: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Verantwortlich: Jusos Rottal-Inn

S9: Es ist Zeit für Umverteilung - Um-fair-teilen in der Kommune

Antragsformulierung:

Zur Stärkung der Finanzkraft unserer Kommunen fordern wir:

- **Kommunen soll es zustehen, freiwillige Leistungen zu bewilligen**, auch wenn es die Kassenlage der Stadt oder der Marktgemeinde nicht zulässt. Möglich wäre hier das Errichten eines Fonds auf Bundesebene oder auf Landesebene, bei der vergleichsweise finanzschwache Kommunen bis zu 15% ihrer erweiterten Gewerbesteuer zur Verwendung für freiwillige Leistungen ausbezahlt bekommen. Finanziert werden können die Fonds entweder über die Vermögenssteuer (Bundesfonds) oder einer gerechten Erbschaftssteuer (Landesfonds). Zudem muss der Begriff der freiwilligen Leistung abgeschafft werden und durch „**solidarische kommunale Leistung**“ ersetzt werden.

Außerdem muss bei dieser Gelegenheit dem geltenden Beschluss der Jusos-Bayern Nachdruck verliehen werden:

- Die **Gewerbesteuer muss dringend erweitert werden** „eine Verbreiterung der Einnahmehasis der Kommunen“ zur Folge haben. Die Jusos Bayern fordern zu Recht die Ausweitung der Gewerbesteuer um die so genannten „Katalogberufe“ (§18 EStG) worunter unter anderem Rechtsanwält*innen, niedergelassene Ärzt*innen und approbierte Psychotherapeut*innen und Zahnmediziner*innen, Notar*innen und Wirtschaftsprüfer*innen zählen.

Zur Entlastung aller Bürger*innen mit betreuungsbedürftigen Kindern fordern wir die SPD-Landtagsfraktion auf einen **Antrag zur Kostenfreiheit bei Krippen- und Kindertagesstättenplätzen** in den bayerischen Landtag einzubringen.

Bei der Thematik des sozialen Wohnungsbaus wurde in den vergangenen Jahren erheblicher Raubbau begangen, was sich direkt auf die Bürger*innen auswirkt. Aus diesem Grund muss dringend dem Beschluss der Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden, bei dem der deutliche Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde. Darüber hinaus fordern wir:

- Einen **kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, der sich am tatsächlichen örtlichen Bedarf** orientiert
- Entsprechende **Fördermöglichkeiten** (z.B. über die KfW)
- Einen bayerischen **Fonds zur Förderung kommunalem und genossenschaftlichen Wohnungsbau**
- Einen im Ministerium zuständigen **Beauftragten der Staatsregierung für die Bedarfsberechnung und Umsetzungskontrolle des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus.**

Die **Kreisumlage und die Bezirksumlage sind Umverteilungsmechanismen kommunaler Finanzen**. Da diese beiden Umlagen auch von den Konservativen anerkannt sind, gelten diese weder als sozialistisches Teufelszeug, noch stehen diese beiden Umlagen im Verdacht, den reichen Kommunen etwas nehmen zu wollen. Allerdings bleiben bei diesem Finanzierungsmodell die finanzschwächeren ländlichen Regionen in Bayern wie Rottal-Inn oder Freyung-Grafenau weiterhin, im Gegensatz zu

den finanzkräftigeren Landkreisen in den Metropolregionen wie München und Nürnberg, **zu abhängig von den Schlüsselzuweisungen des Freistaates Bayern**. Da die Schlüsselzuweisungen lediglich die Defizite ausgleichen, nicht aber echte Gleichheit gegenüber reicheren Landkreisen zur Folge haben, bleibt das Ungleichgewicht bei der finanziellen Entwicklung in den Kommunen nach wie vor bestehen. Bei dieser Gelegenheit muss zudem auf die Bezirksumlage eingegangen werden. Wie der Bezirk Oberbayern richtigerweise anmerkt, handelt es sich hier wahrlich um eine offensichtliche Problematik: „Die Entwicklung der Umlagekraftzahlen und des ungedeckten Bedarfs (= Bezirksumlage) zeigt das Dilemma eines rein umlagefinanzierten Haushaltes auf. Die Bezirksumlage, die zu über 90 Prozent Sozialhilfeleistungen zu finanzieren hat, ist seit 1974 weitaus stärker gestiegen als die Umlagekraft“. Aus sozialistischer Sicht kann nicht das Vorhandensein kommunaler Finanzmittel über die Gewährleistung von Sozialhilfeleistungen entscheiden. Sozialhilfeleistungen müssen vielmehr aus der Gesamtheit der Steuerzahler*innen, also auch den Einnahmen aus Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer, finanziert werden. Es ist unsolidarisch, wenn sich das Spektrum des Finanzkapitals nicht oder nur untergeordnet an den Sozialhilfeleistungen der bayerischen Regierungsbezirke beteiligt. Besonders betroffen sind bayerische Regionen, die durch den Wegzug junger Menschen bereits in ihrer Zukunftsfähigkeit gefährdet sind. Durch die fehlenden Investitionen verstärkt sich das Problem der alternden Bevölkerungsstruktur. Daher bedarf es der Etablierung zusätzlicher Finanzzuweisungsmechanismen, beispielsweise eines Fonds zur Finanzierung freiwilliger Leistungen über das erweiterte Gewerbesteuerniveau hinaus, um der Divergenz der Landkreise entgegen zu treten. Ohne ein entsprechendes Gegensteuern ist ein weiteres Auseinanderdriften der Landkreise und kreisfreien Städte zu erwarten, da finanzstarke Kreise mittels freiwilliger Leistungen Arbeitskräfte wie Arbeitgeber*innen anlocken und damit Abwanderungen aus den finanzschwächeren Kreisen begünstigen. Der sich dadurch verstärkende Effekt der Gewerbesteuerpolarisierung tut sein Übriges, um letztlich das Gefälle zwischen Stadt (einschließlich Metropolregion) und ländlichem Raum unumkehrbar werden zu lassen. Die **Gewerbesteuer** ist eine auf den Ertrag von Gewerbetreibenden erhobene kommunale Steuer. In der Vergangenheit machten einerseits die Liberalen als auch Finanzminister Wolfgang Schäuble von sich reden, diese für die Kommunen so wichtige Einnahmequelle abzuschaffen. Die Forderung der Jusos soll die Gewerbesteuereinnahmen deutlich ausweiten, was besonders kleineren Gemeinden und mittleren Städten besonders zugutekommen dürfte. Außerdem sind Kommunen besonders bei Energiekonzernen in der Gefahr, eine beachtliche **Gewerbesteuerrückerstattung** zu tätigen, mit einer Verzinsung von für die heutige Zeit horrenden sechs Prozent. Wer diese Möglichkeit der „sicheren“ Rendite für solvente Unternehmen nicht zumindest auf den zweiten Blick erkennt, kann sich gleich von den Konzernen einlullen lassen. Auf der anderen Seite würden besonders die wohlhabenderen Kommunen auf eine erhebliche Einnahmequelle verzichten und auf einen vermutlich schlechter gefüllten Umlagetopf zurückgreifen müssen. Reiche Kommunen enteignen, klingt gut? Mitnichten! Besonders die über Jahrzehnte etablierten freiwilligen Leistungen der Kommunen, wie das Kulturzentrum, das Freizeitgelände, das Schwimmbad, die städtische Musikschule, die kostenlose Betreuung in Kindertagesstätten, würden durch diese Maßnahme zu Nichte gemacht. Das Gewähren von freiwilligen Leistungen der Kommune ist bereits eine Umverteilung im engsten Sinne. Öffentliche Güter werden allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung gestellt, der Zugang zu Kultur und Bildung niedrighschwelliger gestaltet und die persönliche monetäre Potenz eines jeden Menschen tritt in die Nachrangigkeit.

Damit nicht weiterhin reichere und ärmere Kommunen in direkter Konkurrenz stehen, fordern wir die Einführung von **solidarischen kommunalen Leistungen**.

Die **Schuldenbremse** ist ein gesetzlich verankerter Mechanismus, der abzulehnen ist. Aus sozialistischer Sicht bedarf es aber auf jeden Fall noch zwei weiterer großer Schritte, damit ernsthaft von einer Umverteilung in den Kommunen gesprochen werden kann.

Als der wahrscheinlich am gewichtigsten wirkenden Umverteilungsmechanismus der Kommunen, gemessen an der Wirkung auf den jeweils betroffenen Menschen, darf der **soziale Wohnungsbau** bezeichnet werden. Aus diesem Grund muss dringend dem Beschluss der Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden, bei dem der deutliche Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde. Die Forderung, die dringend einer Anwendung bedarf, kann in zwei Schwerpunkte unterteilt werden:

- Höhere Zuschüsse (Bsp. KfW Mittel) für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften und Kommunen, sodass diese die notwendigen Sanierungsarbeiten auch durchführen können, ohne dass die vorhandene Mieter*innen verdrängt werden.

- Eine professionelle Beratung der Wohnbauunternehmen und Kommunen vor Ort zum Thema Fördermöglichkeiten im kommunalen bzw. gemeinnützigen Wohnbausektor. Menschen, welchen der nach kapitalistischen Regeln gestaltete freie Wohnungsmarkt, wegen der zu geringen Kapitalausstattung nicht mehr als Nachfrager*innen zur Verfügung stehen, wird durch geförderten Wohnungsbau eine Chancengerechtigkeit gewährt. Durch die Umverteilung mittels sozialem bzw. gefördertem Wohnungsbau soll Menschen in Bayern zukünftig ermöglicht werden, dass sie sich aus freien Stücken für das Leben auf dem Land oder in der Stadt entscheiden können.

Dies führt zwei positive Effekte mit sich: Auf der einen Seite wird dem kapitalistischen Wohnungsmarkt die Fessel angelegt, da sie nun nicht mehr die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen ausnutzen und die zusätzlichen staatlichen Sozialleistungen an sich reißen kann und andererseits den Menschen nicht mehr das Gefühl gegeben wird, dass sie durch das Gewähren von Wohngeld ein „Sozialfall“ sind. Geförderter Wohnraum darf niemals zum Spielball zwischen Bedürftigen werden, wie dies aktuell teilweise von konservativen und nationalen politischen Kräften gehandhabt wird. Sozialer bzw. geförderter Wohnraum trägt dann zur Umverteilung bei, wenn neben der Alleinerziehenden, Mindestrentner*innen, Sozialarbeitsstudent*innen oder Maschinenbaustudent*innen sowie anerkannte Asylsuchende aus Syrien Platz in einer Wohnung finden können.

P: Partei

An: Landeskonferenz Jusos Bayern, Landesparteitag BayernSPD

Verantwortlich: Jusos Straubing

P1: Keine Koalition mit der CSU! Schwarz - Rot in Bayern ist keine Alternative!

Wir fordern, dass die BayernSPD eine mögliche Koalition mit der CSU nach den Landtagswahlen 2018 in Bayern ausschließt!

Bei den vergangenen Bundestagswahlen hat die CSU deutlich an Stimmen verloren. Aus Angst, wieder die absolute Mehrheit in Bayern zu verlieren, sprachen Vertreter*innen der CSU von einer offenen, rechten Flanke, die geschlossen werden müsse, um die AfD zu verhindern. Seit diesem Zeitpunkt ist die CSU deutlich weiter nach rechts gerückt und poltert Tag für Tag gegen eine „linke Minderheit“, die die Politik in Deutschland bestimmen würde und übernimmt so 1:1 die Argumentationsstrategie der AfD. So ein Verhalten ist für uns als progressive Kraft in Bayern, die wir für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen, nicht hinnehmbar.

Die Bundestagswahlen und einige Umfragen zu den Landtagswahlen zeigen, dass die CSU wohl ihre absolute Mehrheit im Landtag verlieren wird und demzufolge einen Koalitionspartner benötigt. Gerade diese Situation wird die politische Landschaft in Bayern deutlich verändern. Dabei sehen wir es für notwendig, ja geradezu als Pflicht, dass die BayernSPD sich nicht zur Steigbügelhalterin der CSU macht. „Obergrenze“, „Kürzung der Leistungen für Asylsuchende“, „Verhinderung einer gerechten Bildungspolitik“ und „Konservative Revolution“. Dies alles sind Punkte, die die CSU verfolgt. Das dürfen und können wir als BayernSPD nicht mittragen.

An: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
Verantwortlich: Jusos Passau

P2: SPD für alle

Wir fordern eine stärkere und aktivere Anwerbung in allen Berufsfeldern. In den letzten Jahren erleben wir eine zunehmende Akademisierung in unserer Partei was nichts Negatives ist. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands uns für die Probleme und Schwierigkeiten der aller Arbeitnehmer*innen einsetzen wollen.

Jedoch kann man sich lediglich in Situationen von Arbeiter*innen ohne Hochschulabschluss hineinversetzen ein gewisser Bezug zu den eigentlichen Problemen bleibt dabei aus.

Aus diesem Grund brauchen wir innerhalb der Partei mehr Diversität aller Berufe, damit alle von ihrer Alltagswelt berichten und mit allen anderen Genoss*innen die Inhalt in der SPD in eine neue Richtung lenken.

Um mit der Anwerbung erfolgreich zu sein, ist es wichtig eine klare inhaltliche Haltung zugunsten der Angestellten zu haben, durch die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten, Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, eine bessere Möglichkeit der Kombination von Ausbildung und Studium, stärkere Internetpräsenz mit Fokus auf Auszubildenden, mehr Veranstaltungen organisieren, die sich mit den Problematiken von Arbeitnehmer*innen beschäftigen und einen engeren Kontakt mit Gewerkschaften pflegen, um in den direkten Kontakt mit Auszubildenden zu treten.

Verantwortlich: Jusos-Unterbezirk Landshut

P4: #spderneuern

Mit dem, im Parteivorstand herrschenden Geist, ist kein wirklicher Erneuerungsprozess der SPD aktuell möglich. Allein mit den hinlänglich bekannten Floskeln, insbesondere dem undefinierten Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ kann das Vertrauen der (ehemals) breiten Stammwähler*innenschaft der SPD nicht zurückgewonnen werden. Es reicht nicht aus, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit wie im Wahlkampf als diffuse Wohlgefühl-Phrase immer wieder aufs Neue zu wiederholen. Politischen Gegner*innen und den Medien wurde es damit leicht gemacht, der SPD eine gewisse Ideenlosigkeit vorzuwerfen. Der Begriff *soziale Gerechtigkeit* wirkt derzeit wie ein Dach ohne Unterbau – freischwebend im Raum ohne inhaltliches Fundament. Genau dieser inhaltliche Unterbau mit seinen vielfachen Facetten muss jetzt fixiert und den Wähler*innen in allgemein verständlichen Worten präsentiert werden. Gewiss ist eine Definition von sozialer Gerechtigkeit wohl unmöglich, da dieses Schlagwort zu weit gefasst werden kann. Dennoch muss versucht werden, anhand von konkreten Vorhaben bzw. Programmansätzen deutlich zu machen, was soziale Gerechtigkeit bedeutet. Uns liegen diesbezüglich die nachfolgenden Aspekte am Herzen, mit denen man sich dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit annähern kann. Dabei ist es uns ein Anliegen auszusprechen, welche Themen in der SPD diskutiert werden müssen und diese Diskussionen anzustoßen. Inhaltliche Ergebnisse bzw. feste Standpunkte können freilich erst am Ende eines parteiinternen Diskurses stehen. Es gilt, inhaltliche und offene Diskussionen in der Partei wieder zuzulassen sowie konkrete Projekte und Programmpunkte zu debattieren.

Wir möchten nun im Einzelnen erläutern wo wir die Aufgaben der SPD in einer, für Deutschland und Europa, richtungsweisenden Zeit sehen:

a. Einkommensverteilung und Steuergerechtigkeit

- Die SPD muss deutlich machen, dass die Einkommensunterschiede nicht allzu gravierend sein dürfen. Da die Schere zwischen Arm und Reich trotz der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands immer weiter auseinandergeht, muss darüber diskutiert werden, wie man es schafft, dass das Berufseinkommen bei allen Menschen zu einem guten Leben oberhalb des Existenzminimums reicht. Insbesondere ist wichtig, dass alle gleiche und objektive Zugangschancen zu Bildung und dem Arbeitsmarkt erhalten.
- Eine Kernfrage der staatlichen Steuer- und Verteilungspolitik muss darin bestehen, Steuerflucht zu bekämpfen. Das Thema Steuerflucht und seine immense Bedeutung für die Gesellschaft muss in der öffentlichen Wahrnehmung viel stärker in den Fokus gerückt werden, und dies nicht nur für einige Wochen oder Monate.
- Zur Stärkung der Akzeptanz von Steuern muss außerdem die Transparenz bei der Verwendung der Steuergelder verbessert werden. Zur Transparenz zur Verdeutlichung der Vergabe von Steuergeldern braucht es ein Lobbyregister.

b. Wirtschaft und Arbeit

- Der Ruf nach stets steigendem Wirtschaftswachstum ist verfehlt. Insbesondere im reichen Mitteleuropa ist es nicht erforderlich, alles dem Wachstum unter- bzw. nachzuordnen. Selbstverständlich, sind Investitionen der öffentlichen und privaten Hand wichtig, gerade in Deutschland. Dennoch darf Wirtschaftswachstum nicht zum Non-plus-ultra werden. Es ist dagegen essentiell, die echten Werte einer Gesellschaft zu fördern. Fortschritt definiert sich nicht nur über Wachstum, sondern vor allem durch die Qualität des menschlichen Zusammenlebens, der Produkte und der Arbeitswelt. Die SPD muss dabei die treibende progressive Kraft sein.
- Die Vertretung der Arbeitnehmer*innen-Interessen muss wieder gestärkt werden. Anzudenken sind mehr Mitspracherechte von Mitarbeiter*innen in den Unternehmen sowie eine Aufwertung des Arbeitskamps durch die Abschaffung des Kirchenarbeitsrechts, Tarifbindung in allen Unternehmen, Stärkung auch von Praktikant*innen und FSJer*innen sowie eine massive Stärkung des Betriebsrats.
- Es sollte eine Anhebung des Mindestlohns und die Schließung der leider vorhandenen Hintertürchen für die Unternehmen geben.
- Die Arbeitnehmer*innen müssen in die Lage versetzt werden auf Augenhöhe mit Maschinen und Computern zu stehen und nicht zwischen Ihnen zerrieben zu werden. Die Digitalisierung darf nicht bloß den Profit der Wirtschaft steigern, sondern muss zum Nutzen für die gesamte Gesellschaft gestaltet werden. Hier muss ein Konzept zwischen SPD und Gewerkschaften zur Einführung einer Maschinensteuer erarbeitet werden.

c. Bildung

- Bildung darf nicht als Unterpunkt der Wirtschaftspolitik oder anderer Politikfelder angesehen werden. Auf die Bildung ist – anders als bisher – ein Hauptaugenmerk zu legen. Ziel aller Bildungseinrichtungen soll gerade nicht sein, Arbeitssoldat*innen der Wirtschaft zu formen, sondern die freie Entfaltung des Individuums und die Erweiterung des persönlichen Horizonts von Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden zu ermöglichen.
- Wir brauchen eine grundlegende Revolution in unserem Bildungssystem. Wir fordern, dass das gesamte Schulsystem überdacht wird und eine Entwicklung in Richtung integrierter Gesamtschule angestrebt wird, um die individuellen Potentiale der Kinder und Jugendlichen bestmöglichst zu fördern und die jetzige Bildungssegregation in Gymnasium, Realschule, Mittelschule und Förderschule zu beenden. Damit soll dem Leistungsdruck an Schulen durch individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen entgegengewirkt werden. Dafür sehen wir es als essentiell an folgende Modifizierungen an den Lehrplänen mindestens vorzunehmen:
 - stärkere Gewichtung des IT-Unterrichts
 - Stärkung der politischen Bildung
 - Aufklärung über Verbraucher*innenrechte

- Religion als Unterrichtsfach abschaffen und einen verbindlichen Ethik- oder Philosophieunterricht einführen. Religion soll als Wahlfach zur Verfügung stehen.
- Das Bildungssystem muss in unseren Augen zentral organisiert werden und nicht im derzeitigen föderalen System zu mitunter deutlichen Unterschieden in der Bildung führen
- Zur Schaffung einheitlicher Standards muss das Kooperationsverbot abgeschafft werden.

d. Europa und Globalisierung

- Wir sind der Auffassung, dass die Nationalstaaten in Europa jeweils für sich betrachtet keine Chance haben, sich in einer globalisierten Welt mit wirtschaftlichen Giganten wie China und den USA zu behaupten. Allein würde es den Nationalstaaten nicht gelingen, soziale Standards und wirtschaftliche Bedeutung in Europa zu sichern.
- Um die Akzeptanz der EU zu stärken, müssen deren Institutionen demokratischer werden. Insbesondere ist die Macht des EU-Parlaments deutlich auszuweiten und auch die Kontrollrechte über die Kommission müssen ausgebaut werden. Nur so kann in der ganzen EU mehr Demokratieverständnis erreicht werden. Außerdem muss der Einfluss von Lobbygruppen transparent gemacht und eingeschränkt werden.
- Es muss auf eine größere Vernetzung innerhalb Europas hingearbeitet werden – auf allen Ebenen. Die europäischen Sozialdemokratien müssen vermehrt zusammenarbeiten und mehr als jetzt als Einheit auftreten. Die erste Hauptaufgabe einer europäischen Sozialdemokratie liegt im Eintritt für ein faireres Auftreten der EU gegenüber wirtschaftlich schwächeren Kontinenten, insbesondere sind die Wettbewerbsbedingungen im Bereich der Agrarwirtschaft zugunsten von afrikanischen Ländern abzuändern.
- Das europäische Motto muss nach wie vor *Einheit in Vielfalt* lauten. Die diversen Gruppen und Staaten in Europa sollten weniger übereinander als miteinander reden. Eine Diskussionskultur auf europäischer Ebene zu entfalten, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Auch ein gemeinsames Auf- und Eintreten der Arbeitnehmer*innen in Europa zur Erreichung gemeinsamer Ziele ist längst überfällig. Gemeinsam sind wir in Europa stärker.

e. Digitalisierung

- Damit die ländliche Bevölkerung und die dort ansässigen Unternehmen nicht den Anschluss an die urbanen Regionen verlieren, ist es entscheidend, zügig die digitale Infrastruktur flächendeckend auszubauen. Die bisherigen Ergebnisse sind unzureichend.
- Zudem gilt es, mit den Horror-Visionen, die oftmals zum Thema Digitalisierung verbreitet werden, reinen Tisch zu machen. Es muss hervorgehoben werden, dass der digitale Fortschritt in der Arbeitswelt und der Gesellschaft große Vorzüge mit sich bringt. So wird die Digitalisierung Zeit und finanzielle

Ressourcen freisetzen, die in den Feldern, in denen mit reiner Technik nichts gewonnen werden kann (d.h. in den sozialen Berufen und im Miteinander), dringend benötigt werden. Allerdings sollte für uns klar sein, dass die Digitalisierung in keiner Weise Arbeitsplätze vernichten soll, sondern erleichtern soll, beispielsweise auch durch die Einführung einer 30-Stunden-Woche.

- Auf der anderen Seite ist es genauso wichtig, die Nachteile und Gefahren der Digitalisierung, insbesondere im Bereich der staatlichen Überwachung und der Manipulation durch Unternehmen und dgl., nicht zu verschweigen, sondern Lösungsansätze zu entwickeln. Eine bedenkenlose Hingabe zur Digitalisierung, wie es eine andere Partei mit einem Wahlkampf-Slogan propagiert hat, soll es mit der SPD nicht geben.
- Die gute und populäre Idee des Chancenkontos aus dem Wahlprogramm der SPD im Jahr 2017 muss wieder aufgegriffen werden.

f. Die Gleichheit der Geschlechter

- Feminismus und die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns Jusos eines der Kernthemen. Die Geschlechtergleichstellung zieht sich dabei querfeldein durch alle Gesellschafts- und Politikfelder.
- Ein „Empowerment“ der Frauen* ist dabei das entscheidende Instrument, sei es in punkto Lohngleichheit, der Vergabe von Führungspositionen in der Wirtschaft oder beim politischen Engagement.
- Die klassische Rollenverteilung muss überwunden werden. Hier ist insbesondere ein Problem, dass es nach wie vor in den Augen der Gesellschaft typische „Frauen“- bzw. „Männer“-Berufe gibt und tatsächlich gewisse Branchen von jeweils nur einem Geschlecht dominiert werden. Dies aufzuweichen und dafür zu sorgen, dass bei der Ausbildungs- und Berufswahl die klassischen Rollenbilder eben keine Rolle mehr spielen, ist Aufgabe eines gesellschaftlichen Wandels durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit.
- Zur Gleichstellung der Geschlechter gehört auch, dass sowohl geschlechtsneutral gesprochen als auch geschrieben wird. Die SPD soll hierbei durch das Schaffen von gesetzlichen Rahmenbedingungen helfen.

g. Die Zukunft sichern – Umweltschutz und Nachhaltigkeit

- Im Parteidiskurs allgemein sucht man nach den Themen Umwelt, Klima, Energieversorgung und Nachhaltigkeit (fast) vergebens. Die Debatte über diesen Themenkreis ist aber unerlässlich. Gerechtigkeit muss auch der Umwelt und den nachfolgenden Generationen widerfahren. Dies macht ein Handeln schon in der Gegenwart erforderlich. Die Ressourcen der Erde sind begrenzt und dürfen nicht in Gänze aufgebraucht werden. Es muss aufhören, dass der Mensch die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört und immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden.

- Als Partei, die die Interessen der Arbeitnehmer*innen vertritt, muss die SPD zudem Ideen entwickeln, wie z. B. der Kohleausstieg und der umweltpolitisch bedingte Strukturwandel sozialverträglich gestaltet werden können.

h. Innerparteiliche Strukturen

- Das „Postengeschachere“ an der Parteispitze muss ein Ende finden. Der Parteiführung muss klargemacht werden, dass neues Personal auch an wichtigen Positionen sowie mehr gelebte innerparteiliche Demokratie nur von Vorteil sein können.
- Inhalte und deren erfolgreiche Darstellung nach außen sind wichtiger als Positionen oder Ämter. Zur Verkörperung und Präsentation unserer Inhalte ist ein authentisches und profilscharfes Führungspersonal notwendig. Auch das Potential von Nachwuchskräften muss in den Gremien und bei der Vergabe von Listenplätzen stärker als bisher beachtet und genutzt werden.
- Die Erneuerung der SPD muss in den kleinsten Einheiten bzw. Gruppen beginnen. Auch wir als Jusos müssen noch mehr Verantwortung vor Ort übernehmen und gestalterischen Willen zur Erneuerung der SPD beitragen.
- Damit sich die Mitglieder öfter und unkomplizierter einbringen können, müssen auch digitale Lösungen in Betracht gezogen und von SPD-Mitgliedern, die das nötige Know-how haben, umgesetzt werden. Beispielsweise ist eine Mitglieder-App, die von Parteimitgliedern selbst entwickelt wird, gut vorstellbar. Auch Online-Diskussionsforen nur für Parteimitglieder sind denkbar.